

Erscheint täglich außer Montags...
Abonnements-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die...
Anzeigen 20 Pf.

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. März 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel eröffnen wir ein neues...

Vorwärts Berliner Volksblatt

mit dem „Sonntagsblatt“ als Gratisbeilage.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie...

Für den denkenden und aufgeklärten Arbeiter brauchen wir diesen Standpunkt...

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten den bisher erschienenen...

Die Falkner von St. Vigil

von Robert Schweißel,

gratis und franko nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition...

1 Mark 10 Pfennige frei in's Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements...

3,30 Mk. für das Quartal

entgegen.

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben...

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[21

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert Schweißel.

Im Laufe des Montags kehrte Hannes zurück, seine Blechkapsel mit botanischen Schäben...

So berichtete Lisei bekümmert dem Bruder. Der Klosterbauer, welcher zugegen war...

Internationaler Arbeiterkongress

(Congrès ouvrier International)

1891.

An die Arbeitervereinigungen aller Länder, Genossen!

Am Sonntag, den 18. August 1891, wird in Brüssel ein internationaler sozialistischer Arbeiterkongress stattfinden...

Ein zweifacher Beschluß ist es, auf Grund dessen der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei diese Einladung ergehen läßt...

Die uns durch diesen doppelten Auftrag gewordene Aufgabe ist bedeutend und ruhmvoll. Die Verhältnisse, in welchen sie uns zu Theil wird...

Alle Arbeiter- und Sozialistenparteien, alle Arbeitervereinigungen und Gruppen, alle, ohne Unterschied, sind sie eingeladen...

Der Kongress behält sich die Prüfung der Vollmachten der Delegirten vor und wird er, wir glauben dessen gewiß zu sein...

Die Berichte über die Arbeiterlage sowie die sozialistische Bewegung eines jeden Landes werden durch die Delegirten der einzelnen Nationalitäten vorgelegt werden...

Ansicht war der Grabfrevler durch die Erziehung des Kreuzes getilgt, und hatte es schon seinen Stolz verlegt...

„Wer ist denn dieser Mensch, dieser Larve, daß die Kreuzgeschichte nicht abgethan sein soll? Ich sage, sie ist abgethan, ich, der Klosterbauer sag's.“

Hannes ging auf seine Stube. War es aber sonst sein erstes Geschäft, wenn er von einem botanischen Ausfluge heimkam...

Um die nöthigen Maßnahmen treffen und in gewissenhafter und Erfolg versprechender Weise an der Organisation des Kongresses arbeiten zu können...

Auf der Tagesordnung stehen bereits folgende drei Punkte:

- 1. Arbeiterschutz-Gesetzgebung vom nationalen und internationalen Gesichtspunkte aus...
2. Vereinigungsrecht und dessen Garantien...
3. Lage und Pflichten der Arbeiterklassen dem Militarismus gegenüber.

Damit es den am Kongresse theilnehmenden Parteien, Gruppen und Gesellschaften ermöglicht werde, die Fragen mit Mühe zu prüfen...

Sodann behält sich der Kongress im allgemeinen Interesse das Recht der definitiven Feststellung der Tagesordnung vor...

Wir werden uns bestreben, den Delegirten die Erfüllung ihrer Pflicht nach Kräften zu erleichtern.

Möge es dem Brüsseler Kongress gelingen, die so nothwendige, für jedermann und in jeder Hinsicht so wünschenswerthe, vollständige Einigung aller Proletarier herbeizuführen...

Wir bitten Sie also, werthe Genossen, uns Ihre Zustimmung ohne Verzug zukommen zu lassen.

Im Auftrage des Generalraths der belgischen Arbeiterpartei: Der Sekretär für das Ausland

Jean Bolders (Maison du Peuple Brüssel).

Für das Züricher Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses von Paris:

Karl Bürli. E. Bülischleger (Großrath in Basel).

freundin. Er hatte ja auf seiner Wanderung mit seinem Herzen abgeschlossen und die Kräuter und Blumen auf den Bergen wußten um die blutigen Schweißtropfen...

Herr Jengert gewährte seinen Wunsch, Ambros sprechen zu dürfen, bereitwillig. Der Landrichter war ein Mann von einigen vierzig Jahren...

Hannes fand ihn in das Lesen einer Zeitung vertieft. Es war die „Augsburger Allgemeine“, die damals schon europäischen Ruf genoss...

# Die Greuel von Massana.

Daß bei gewissen Trägern der europäischen Zivilisation" der Kannibalismus weit eher zu Hause ist, als bei den afrikanischen Wilden, das haben schon die Enthüllungen über die Vorfälle bei der Stanley'schen Expedition bewiesen. Die Berichte und Enthüllungen über die Greuel in Massana lassen in einem solchen Abgrund von Verworfenheit und Gemeinheit blicken, daß eine Bewegung des Schauderns durch ganz Europa gegangen ist. Es steht fest, daß die italienische Polizei eine Reihe von wohlhabenden und reichen Eingeborenen hat verschwinden, d. h. ermorden lassen, um sich ihres Vermögens zu bemächtigen; in einzelnen Fällen hat der Polizeidirektor Vivraghi selbst den Henker gemacht. Ferner steht fest, daß die Militärgerichte auf höchst leichfertige Weise Todesurtheile verhängten und vollziehen ließen, auch nur, um die Güter der Verurtheilten einzusehen zu können. In den Gefängnissen wurde die Folter angewendet. Zur Zeit ist noch kein genauer Ueberblick über den ganzen Knäuel von Verbrechen zu gewinnen, und der in der Schweiz verhaftete Vivraghi hat seine grauenvollen Enthüllungen wohl nur gemacht, um seine Schuld, soweit möglich, auf seine Spießgesellen abzuwälzen. Die Regierung scheint in der Sache noch nicht hinreichend unterrichtet zu sein, und mit um so größerer Spannung darf man den bevorstehenden Gerichtsverhandlungen entgegensehen, die hoffentlich mehr Licht in die Sache bringen werden.

In der Hauptsache haben wir nicht mehr den geringsten Zweifel. Auf wessen Schultern auch die Hauptschuld abgeladen werden mag — es ist eine Thatsache, daß in Massana eine Bande von Räubern, Dieben und Mördern sich in die Kolonialverwaltung eingedrängt und ihre Amtsgewalt zur Ausübung von Räubereien, Erpressungen und Mordthaten mißbraucht hat. Das ist von den Theilnehmern selber zugestanden, und es kann sich für die Gerichte nur noch hauptsächlich darum handeln, festzustellen, wie groß der Antheil der Blutschuld ist, der auf die Einzelnen entfällt. Wir werden vor den Schranken des Gerichts das widerliche Schauspiel sich wiederholen sehen, daß jeder der Mörder seine Spießgesellen anklagt, um sich selber rein zu waschen, und wollen dabei auch nicht verhehlen, daß wir von der italienischen Justiz recht herzlich wenig halten.

Was wohl die Afrikaner von dieser Gesellschaft denken mögen, die angeblich an das Rote Meer gekommen ist, um das Banner europäischer „Kultur“ und „Gesittung“ dort aufzupflanzen? Und welchen Begriff sie wohl von dieser „Kultur“ selber bekommen?

Die tapfere Vertheidigung von Abyssinien durch dessen freisinnige Bewohner gegen das italienische Mordgesindel erscheint als ein wohlberechtigter und verdienstvoller Widerstand gegen ein fremdes Element, das an des Nothen Meeres Küsten eine größere Barbarei verpflanzte, als man dort jemals gekannt.

Mit diesen Thatsachen ist aber auch die Kolonialpolitik des Herrn Crispi gerichtet. Die Deutschen haben keinen Grund, sich der Kolonialpolitik zu rühmen, in die sie nach Caprius' bezeichnendem Ausdruck „gerathen“ sind; die Franzosen werden mit Tonkin ihre Last haben — aber von allen ähnlichen Unternehmungen war die Besetzung von Massana und der Krieg mit Abyssinien weitaus die dümmste und überflüssigste. Die Großmannsjucht des Herrn Crispi hatte damit ihren Gipfelpunkt erreicht.

Das Land ist begreiflicher Weise in einer ungeheuren Aufregung, die eher zu- als abnimmt. Zu der königlichen Kommission, die zur Untersuchung der Sache eingesetzt ist,

kann man kein Vertrauen haben, und es beginnt eine Bewegung, die eine exemplarische Bestrafung aller Schuldigen, der großen und der kleinen, verlangt. Denn man befürchtet, und das nicht mit Unrecht, es möchten auch in dieser Angelegenheit die kleinen Diebe gehängt und die großen laufen gelassen werden. Wenn diese Bewegung das Land ergreift, so wird es sich damit auch gegen die Kolonialpolitik überhaupt aussprechen. Die „Ehre“ kann hier nicht ins Spiel kommen, denn wenn die Italiener heute mit Saad und Paad aus Massana abziehen, so wäre die Ehre Italiens nicht zum zehntausendsten Theil so in Frage gestellt, wie durch die Mordthaten des Vivraghi und seiner Spießgesellen. Es wäre das Beste, wenn so verfahren würde, denn die „Kulturmission“ der Italiener in Afrika, wenn jemals eine solche vorhanden war, ist zu Ende, und auch der letzte Neger und Gottentotte in Afrika wird nicht so dumm sein, wirkliche Zivilisation zu erwarten von einem Regiment, dessen Sendlinge und Vertrauenspersonen notorische Räuber und Mörder gewesen.

Im Uebrigen zeigt die Massana-Angelegenheit nur die Verderbnis der italienischen Gesellschaft. Die Verbrecher entstammen den herrschenden Klassen Italiens. Wie tief müssen da alle Begriffe von Ehrgefühl, Gerechtigkeitsgefühl, Menschlichkeit und Edelmut gesunken sein, wenn man die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in der Kolonie keinen besseren Händen anzuvertrauen wußte! Die Greuel von Massana sind ein Reflex der Korruption im Mutterlande; aus den schlimmen Zeiten Neapels und des Kirchenstaats lassen sich ähnliche Dinge nachweisen und es gab eine Zeit, wo die neapolitanischen Sbirren nicht besser waren, als die Vivraghi und Konforten.

Möge das italienische Volk die Gelegenheit wahrnehmen, um sich von einer inneren und äußeren Politik, wie sie Crispi getrieben, auf immer loszusagen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März.

Auf die „Einigkeit“ der konservativen Partei wirft eine Erklärung der konservativen Korrespondenz ein eigenthümliches Licht. Bekanntlich hat der finanzkräftigere Theil der Partei, der in der „Kreuzzeitung“ sein Organ sieht, das Blatt der regierungsfreundlichen Gruppe „Post“, das „Deutsche Tageblatt“, aufgekauft, um diese mundtot zu machen und diesen weder noblen noch würdigen Schritt mit der Nothwendigkeit, die Einheit in der Partei zu sichern, begründet. Das offizielle Organ der konservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz“, erklärt sich mit diesem Vorgange nicht einverstanden, so daß die Einigkeit in der konservativen Partei durch das Eingehen des „Deutschen Tageblatts“ nicht gefördert sein dürfte, übrigens bietet sich die „Post“, das Organ der Freikonservativen, den Herren Helldorf und Mantuffel zum Kampfe gegen die „Kreuzzeitung“ an. Mit den Mitteln, die Herr Hammerstein im politischen Kampfe angewandt hat, spaltet man oft, eint aber nie eine in Zerlegung begriffene Partei.

Auch in der freisinnigen Partei ist es nicht weit her mit der Einigkeit. Wir wiesen schon unlängst auf die getrennten Abstinungen derselben in den letzten Sitzungen des Reichstags hin. Nun erklärt Dr. Georg Waltemath, der erste Vorsitzende des Hamburger Vereins der deutschfreisinnigen Partei in der nationalliberalen „Berliner Vorkreuzzeitung“, daß Herr Eugen Richter über seine Zugehörigkeit zur deutschfreisinnigen Partei ganz und gar nichts zu sagen habe, daß freisinnige Abgeordnete sich bereits voll und ganz auf seine Seite gestellt haben. So macht der Zerlegungsprozeß in unseren bürgerlichen Parteien langsame aber feste Fortschritte.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ lassen sich melden, daß Herr v. Bötticher nicht aus dem Welfensonds, sondern aus dem Dispositionsfonds des Kaisers unterstützt

Alte, zu der Einsicht zu bringen, daß er sich gegen das Geseh vergangen habe. Ihm sei Gewalt geschehen, und dagegen hätte er das Recht, sich zu wehren. Dabei blieb er. Verwunderlich ist das kaum, sind doch unsere Zustände wahrlich nicht dazu angethan, das Rechtsbewußtsein im Volke zu klären und zu befestigen. Wenn das Schwert die Welt regiert und die Gewalt mit Vätern und Völkern Schacher treibt, wie soll da die Achtung vor Geseh und Recht gedeihen?

Und vor Gott und seiner heiligen Kirche,“ schaltete der Kurat ein.

Herr Jengert griff mit zwei Fingern in sein lockeres Halsstuch und zerrte daran, als ob es ihm zu eng wäre. Dann rief er den Bureaudienner, um Hannes zu seinem Bruder zu führen und dem jungen Geistlichen die Hand reichend, sagte er: „Kaiser Karl V. konnte nicht zwei Uhren gleich gehend machen, wenn sollte es mit den Geistern geschehen? Und wo ist denn die Garantie, daß die Kirchenuhren die Zeit richtig angeben?“

Das Gefängnis lag über zwei Stiegen und der Bureaudienner, in dessen Dienste Gericht und Steueramt sich theilten und der jetzt auch den Posten des Kerkermeisters versehen mußte, blieb auf jeder fünften Stufe stehen, um Athem zu schöpfen; denn er war engbrüstig und konnte trotzdem das Neben nicht lassen. „Es war grauslich, wie er Anfangs getobt hat,“ erzählte er von Ambros. „Wissen's, so wie der Vag, der vor etlichen Jahren auf der Alp von Jobara vedla in den leeren Schweinefall sich verirrt gehabt hat. Der Senn hat ihn drinnen brummen hören und hinter ihm zugeriegelt. Es war eine verwunderliche Geschichte.“

Hannes, der mit seinen Gedanken noch bei den stark nach Josephinismus schmeckenden Neuherungen des Landrichters verweilte, bemerkte, daß ihm die Geschichte bekannt wäre, und der Kerkermeister versicherte, daß der ehrwürdige Herr sie freilich kennen mußte; und darum erzählte er sie zu Ende: wie Meister Braun den ganzen Bau umgeschmissen hätte und davon getraht, zwei Tage später aber von Sampogna, dem Gamsmann, geschossen wäre. „Ja, ja, es war eine merkwürdige Geschichte.“

worden sei. Wir haben allen Grund, dieser Nachricht keinen Glauben zu schenken, wäre sie wahr, würden die „Hamburger Nachrichten“ nicht so schweigsam sein.

In Dresden ist der sächsische Kriegsminister von Fabrice gestorben. Auch ein Opfer des Sozialistengesetzes. Von Haus aus Soldat und nichts als Soldat, der sich den Parteikämpfen fern hielt, ließ er sich während der Reaktions-Ordnung, durch welche sich Herr von Rostiz-Ballwitz unsterblich gemacht hat, in den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit fortziehen; er kultivierte mit großem Eifer den militärischen Bogkott, und unter den Trägern des Systems Rostiz-Ballwitz wird, so lange dieses nicht vergessen ist, Herr von Fabrice eine hervorragende Stellung einnehmen. Weiter wird die Nachwelt von ihm nichts zu berichten haben. Das ist auch eine Nemesis.

Bismarck muß an die Spitze einer von ihm zu gründenden Partei, welche die M. at des Reichstags repräsentirt, treten. Diese Partei soll eine Wirtschaftspartei, keine politische Partei sein, die Aufgabe dieser Phantasiopartei soll in der Aufrechterhaltung des Zolltarifs bestehen, so konnte man vor kurzem in der Bismarckpresse lesen. Aber aus dem schönen Traume wird nichts werden, denn Konservative und Zentrumsleute wollen nicht mitthun, und auf Freisinnige und Sozialdemokraten rechnet der frühere Reichskanzler doch kaum. Wenn nun auch ein Drittel der nationalliberalen Partei sich entschließen sollte, unter Bismarck's Kommando zu marschiren, so wird es doch keine achtunggebietende Armee sein. Sollte Fürst Bismarck wirklich gewählt werden und an den Arbeiten des Reichstags theilnehmen wollen, so wird er nicht Führer der Reichstagsmajorität werden, sondern ein isolirter Mann sein und das Fraktionsverzeichnis des Reichstags wird ihn mit Liebermann v. Sonnenberg, dem Alimenter-Böckel, Videnbach und den Elßässern als Wilden aufführen müssen.

In Sachen des Bismarck-Standals hat bis jetzt noch nichts von einem Einschreiten der Staatsanwaltschaft verlautet. Daß die höchsten Kreise sich mit der Angelegenheit beschäftigen und daß eine „Regelung“ derselben angestrebt wird, unterliegt wohl keinem Zweifel, allein hier giebt es nur eine regelrechte „Regelung“, die durch den Staatsanwalt. Wir kennen kein Seitenstück dieses Standals in der Geschichte irgend eines der modernen Kulturstaaten — zu denen wir natürlich Rußland nicht rechnen. Selbst das Bas Empiro (Niedere Kaiserreich) des Napoleons III. hat nichts Aehnliches aufzuweisen. Alle Welt ist einig, daß der vorige Reichskanzler das Geseh flagrant verlegt hat — wie kann man Achtung vor dem Geseh fordern, wenn solche Gesehsverletzungen straffrei bleiben?

In den „Hamburger Nachrichten“ lesen wir folgenden Stoffseufzer:

Der 1. April naht! Wie werden wir dem großen Staatsmann, unserem Fürsten Bismarck, unsere Liebe und Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Ein 75-jähriger Patriot.“ Hierzu bemerkt die „Babische Volkstimme“ treffend: „Wir schlagen einen Festzug der ausgewiesenen Sozialdemokraten, Polen und Franzosen und ausgelieferten Russen vor. Auf Standarten könnten die derzeitigen Lebensmittelpreise guten Effekt machen; eine Guirlande von lithographirten Strafanträgen zierte die beiden Seiten des Weges vom Redaktionslokal der „Hamburger Nachrichten“ bis zum Sige des Altreichskanzlers in Friedrichsruh. Als Transparente empfehlen sich Nachbildungen der Schlachtenbilder Werauschagins. Weitere Vorschläge bitten wir den „Hamburger Nachrichten“ gefälligst direkt einzulenden, damit dieses edle Organ seinem zahllosen 75-jährigen Patrioten in seinen patriotischen Schmerzen bestehen kann.“

Interessant ist, daß das „Ottendorfer Kreisblatt“, ein offizielles Organ der Regierung im 19. hannoverschen Wahlkreis, gegen die Kandidatur des Fürsten Bismarck agitirt. Armer Bismarck!

Unseren Lesern ist erinnerlich, daß der Abgeordnete Bebel in einer der letzten Reichstagsitzungen das Kapitel der Soldaten-Mißhandlungen gründlich erörtert hat, was auch schon seine Früchte getragen hat. Aus Bittau wird hierüber einem Blatte gemeldet:

Ein kürzlich durch den Abgeordneten Bebel im Reichstage zur Sprache gebrachter Fall von Soldaten-Mißhandlung ist

sein Athem war zu Ende und er mußte still sein und sich verziehen.

„Und das Essen, was ihm vom Klosterhof ist geschickt worden, das hat er nicht angerührt: so schönes Essen,“ fing er im Weitergehen wieder an. „Aber so sind sie: der Eine so, der Andere so. Als vor ein Jahren vier etwan der Prusadatsch aus Zwischenwasser hier hat gefessen, von wegen daß er gedroht hatte, seinen Vater todt zu schlagen — es war in Erbschaftsachen, die immer die schlimmsten sind, und der Alte hat sich geforähten und selbst ihn angegeben — der hat den ganzen Tag geungen und gepiffen. Das ist mein letzter Gefangener gewesen.“

Sie waren vor einer starken Thür mit einem mächtigen Schlosse angekommen und der asthmatische Cerberus zog einen großen Schlüssel aus seiner Juppe. Mit Mühe drehte er ihn im Schlosse um, was ein unangenehmes Kreischen verursachte, dem Schließer that es aber offenbar wohl, denn es war der Heroldruf seiner gegenwärtigen Würde und er grinste. Ein scharf wärziger Geruch drang Hannes entgegen, als die Thür sich knarrend öffnete. Er kam von den Seelen des Majorans, Lavendels und Pfefferkrautes, der Kamillen und Zwiebeln, welche die Frau Landrichter in der Zelle aufbewahrt hatte, bis dieselbe für den gegenwärtigen Bewohner hatte geräumt werden müssen. Die Zelle war hell und luftig. Sie lag in der nordwestlichen Ecke der ehemaligen Sommerresidenz der Klosterfrauen und bot nach beiden Himmelsrichtungen die weiteste Aussicht im ganzen Hause. Die Schönheit dieser Aussicht wurde aber in etwas durch die Gitter vor den beiden Fenstern beeinträchtigt und Ambros konnte jetzt auf seiner eigenen Erfahrung seinem künftigen Schwager das Zeugniß ausstellen, daß er ein tüchtiger Schmied sei. Wohl Vechner hatte die Gitter erneuern müssen, als für Prusadatsch das Quartier bestellt worden, und daß er kein brüchiges oder blättriges Eisen dazu verwendet, davon hatte Ambros sich bereits durch kräftiges Rütteln an den Stäben überzeugt.

(Fortsetzung folgt.)

\*) „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ lautete der Titel der Schrift, als deren angeblicher Verfasser und Verbreiter der Buchhändler Johann Philipp Palm auf Napoleons Befehl am 26. August 1808 zu Braunau standrechtlich erschossen wurde.

jeht vor dem Militärgericht verhandelt worden. Ein Unteroffizier des hier garnisonierenden Infanterie-Regiments, welcher einen Rekruten beim Exerzieren ein größeres Stück Eis auf den Kopf legen ließ, wurde, wie die „Jittauer Morgenzeitung“ vernimmt, zur Degradation und zu neunmonatlicher Festungshaft verurtheilt. Ein anderer Unteroffizier desselben Regiments, welcher das Durchdringen der Arie beim Vorabeschritt durch Stoßen mit der Fußspitze an das Bein erzwingen wollte, wurde mit drei Monaten Festungshaft bestraft.

Wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, Nebel hätte abwarten sollen, bis das Gericht gesprochen hat, so ist das nicht unsere Meinung; denn das Gericht hätte vielleicht nicht so streng gesprochen, wenn die Sache noch nicht die Öffentlichkeit beschäftigt hätte.

Für die zweijährige Dienstzeit soll eine demnächst erscheinende Schrift des Generalleutnants a. D. v. Boguslawski eintreten.

Die soziale Frage auf dem Lande nicht zu lösen, sondern im Gegentheil zu verschärfen, scheint die Aufgabe des Verbandes zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse zu sein. Derselbe will, wie wir einer Mittheilung der „Volkz. Ztg.“ entnehmen, a) seine Mitglieder schützen gegen den dolosen Kontraktbruch ländlicher Arbeiter,

b) seine Mitglieder unterstützen durch den Nachweis von Arbeitern und durch Anstellung und Ueberwachung von Agenten, insbesondere auch solcher für die sogenannte Sockengängererei,

c) seine Mitglieder verteidigen gegen die immer zahlreicher in der Presse auftretenden Behauptungen,

d) seinen Mitgliedern beistehen im Kampfe gegen die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande,

e) seinen Mitgliedern helfen bei den Einrichtungen zum Wohle ihrer braven Arbeiter.

Das ist der beste Weg, um unseren Ideen in der ländlichen Bevölkerung rasche Verbreitung zu sichern.

Ueber die Opposition der österreichischen Unternehmer gegen die Feier des 1. Mai liegt folgende neue Meldung vor: Die Grazer Tischler-Genossenschaft beschloß einstimmig eine Resolution, worin sie Verwahrung einlegt gegen die den Prinzipien des Reichsstaates widersprechende Otkroponing des 1. Mai als Feiertag seitens der Arbeiter. Die Genossenschaft wird bei der Regierung um Verhinderung der Begehung des 1. Mai als Feiertag petitioniren.

Bei der letzten Nachwahl zum schweizerischen Nationalrat in bernischen Mittellande erhielten Stimmen: der Konservative v. Steiger 4644, der Sozialdemokrat Reichel 2835, der Liberale Hülshinger 2885. In der Stadtgemeinde Bern erhielt unser Genosse 2292, der Konservative 1855 und der liberale Kandidat 1181 Stimmen. Am nächsten Sonntag findet die Stichwahl statt.

Herz Crispi, der abgetakelte „Bismarck Italiens“, hat in der italienischen Kammer verschiedentlichen Spektakel gemacht, und u. A. auch die Aeußerung hingeworfen: „man müsse daran denken, daß uns ein Krieg auch in diesem Jahre überfallen kann“. Von den gemäßigteren Anarchisten wird diese Aeußerung beunruhigt, um die politische Lage als gefährlich hinzustellen. Crispi — sagen sie — sei doch bis vor Kurzem Minister gewesen, und müsse über das, was in den höheren Regionen vorgehe, noch gut unterrichtet sein. Das ist lächerliche Logik. Crispi trieb immer Rabaukpolitik, und er sucht das Geschäft jetzt fortzusetzen — ganz wie sein deutscher Kompagnon, auf dessen Verfall und Mißhilfe er rechnen kann.

In Paris hat die Feier des 1. Mai an Bedeutung infolgedessen gewonnen, als der sozialdemokratische Stadtrath Bailant in der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag eingebracht hat, der Pariser Municipalrath möge sich entweder durch eine Kundgebung an der Feier beteiligen, oder aber sämtlichen städtischen Beamten an diesem Tage freigegeben. Die Versammlung, welche in ihrer Mitte zahlreiche sozialistische und radikale Elemente aufweist, ernannte eine Kommission, um den Antrag näher zu prüfen. Der Berichterstatter für diesen Ausschuss ist der Stadtrath Rouanet, welcher im Namen desselben den Antrag Bailant's in der nächsten Sitzung des Conseil municipal sehr warm empfehlen wird. Der von Rouanet schriftlich ausgearbeitete Bericht liegt bereits im Vorlaut vor, und selbst solche Pariser Blätter, welche der Arbeiterbewegung im Allgemeinen recht fernstehen, erkennen an, daß es Rouanet der Stadtvertretung sehr schwer gemacht habe, gegen den Antrag zu stimmen. Der Bericht bezeichnet es zunächst als durchaus unberechtigt, die Manifestation zu nennen, und auch der Ausdruck Manifestation passe nur dann, wenn man genau die Ziele angebe, für deren Erreichung manifestirt werden solle. Er führt dann die verschiedenen Zweige der Arbeiterforderungen bezüglich des Schutzes der Kinder, der Frauen, der Kranken und der gesunden Arbeiter auf und erinnert die Mitglieder der Stadtvertretung daran, wie oft sie sich schon grundsätzlich mit diesen Geboten der Menschenerhaltung, der Sittlichkeit und der Nächstenliebe bekannt habe, so daß die Annahme des Antrages Bailant nur der gesammten bisherigen Verhaltensweise der Pariser Gemeindevorstände entsprechen würde. In dem Schlusse des Berichts aber wird darauf hingewiesen, daß in Frankreich schon mancherlei Anzeichen eines geistigen und materiellen Stillstandes zu bemerken seien, und daß die Führerrolle unter den Nationen, auf welche das französische Volk bis jetzt stolz gewesen sei, sehr bald in ein Nichts zusammenfallen werde, wenn gerade in der wichtigsten aller neuzeitlichen Fragen, in der des sozialen Ausgleiches, Paris und damit Frankreich zurückbleiben würde. — Jedenfalls darf man der Entscheidung des Pariser Gemeindevorstandes mit großer Spannung entgegensehen.

Im dänischen Parliamente hat eine neue Parteigruppierung stattgefunden. Die über ein Jahrzehnt geschlossen gegen das reaktionäre Ministerium Estrup vorgehende Majorität hat sich in eine radikale und gemäßigtere Partei gespalten. Die Gemäßigten bilden nun im Bunde mit der Regierungspartei die Majorität. Außer diesen Parteien gehören drei Sozialdemokraten dem dänischen Volksting an.

Der gestern abgehaltene spanische Arbeiterkongreß nahm den Antrag auf Einführung des Achtstundentages an. Heute soll ein Aufruf betr. die Manifestation an allen Orten des Landes vertheilt werden.

Unweit des russischen Städtchens Dobra wurde ein Mann ermordet aufgefunden. Papiere, welche außer einer

größeren Summe Geldes und einem Revolver bei dem Ermordeten gefunden wurden, ergaben, daß derselbe Mitglied der Warschauer Geheimpolizei war. Neben der Leiche fand man ein Exemplar einer polnisch-sozialistischen Zeitung. Man vermuthet, daß die That von polnischen Sozialisten, welche in letzter Zeit dort mehrmals geheime Versammlungen in Gemeinschaft mit russischen Nihilisten abgehalten haben sollen, ausgeführt wurde.

Wir müssen, bevor nähere Aufklärung des Falles eintritt, der „Kreuz-Zeitung“, welche sich Vorstehendes aus Kalisch melden läßt, die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachricht überlassen.

Die „Rdn. Ztg.“ will von neuen russischen Kriegsvorbereitungen Mittheilung erhalten haben. Wir können die Richtigkeit der Meldung nicht kontrolliren, glauben sie aber wiedergeben zu müssen. — Das genannte Blatt meldet aus Petersburg:

Im Weichselgebiet macht sich seit einigen Wochen eine ernante Thätigkeit aller Kriegsbehörden bemerkbar. Das Intendanturpersonal wird bedeutend verstärkt, das Offiziercorps der Grenzwaache wird wesentlich vermehrt. Im Militärbezirk Warschau wird die Reuanlage bezüglich der Begrößerung von Kriegsversorgungsmagazinen mit großem Eifer fortgesetzt. Besonders bemerkenswerth ist es, daß die Magazine in offenen Ställen, wie Gantochau, Jamost, Siedic, Vonscha, auch in dem bereits besetzten Pultusk, von der dritten zur zweiten Klasse erhoben.

Das unlängst verbreitete Gerücht, bezüglich der Verhaftung Degajew, welcher am 27. Dezember 1888 den Chef der Petersburger Geheimpolizei, Sudeikin, ermordete, wird als unbegründet bezeichnet. Degajew ist seit Jahren vollkommen verschollen; sein Aufenthalt ist den russischen Revolutionären ebenso unbekannt wie der russischen Polizei.

Die uns vorliegenden amerikanischen Arbeiterblätter beschäftigen sich mit dem abgelaufenen Justizmord, der in Pittsburg geplant wird. Dort kam es, wie wir seiner Zeit mittheilten, bei einem Streik zu einer Prügelei der Ausständigen mit „Scabs“ („rändigen Schafen“), wobei einer der letzteren so verletzt ward, daß er nach einigen Tagen starb. Verschiedene der Ausständigen — Ungarn von Geburt — wurden nun wegen Mordes verhaftet und verfolgt, und drei, obgleich keinem nachgewiesen werden konnte, daß er dem Gestorbenen irgend eine Verletzung zugefügt, zum Tode verurtheilt. Das ist allerdings ein standalöses Urtheil, diktiert von dem rohesten Klassenhaß. Möge es der öffentlichen Meinung gelingen, die Vollziehung des ungerichten Urtheils, die unzweifelhaft ein Justizmord schlimmster Art wäre, zu verhindern. Wir gestehen aber, daß unsere Hoffnung nur gering ist, zumal sogenannte „Anarchisten“ durch wüthes Schimpfen und Drohen den Klassenhaß der Gegner zu schüren beflissen sind.

## Parlamentarisches.

In der am 24. d. Mts. unter dem Vorsth des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Patentgesetzes, in der vom Reichstage angenommenen Fassung und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Bundeshaushalts-Gesetzes von 1891/92, wie derselbe sich nach den Beschlüssen des Bundesauschusses gestaltet hat, die Zustimmung. Außerdem wurde über zwei Eingaben in Zollangelegenheiten, über den Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen wegen Ergänzung der Ausfuhrvorschriften zum Tabaksteuer-Gesetz, über mehrere Gesuche um die Begleichung von Sprengstoffen als solche, welche vorzugsweise als Schießmittel gebraucht werden, auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni 1884, endlich über eine Beschwerde wegen angeblicher Gesehwirigkeiten in einem Verfahren vor dem Reichsgericht Beschluß gefaßt.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Brandenburg a. S. Am 23. d. M. fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Pöns aus Berlin einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Macht des Wissens“ hielt. Nachdem der Referent in seinen zweistündigen Ausführungen den psychologischen Prozeß des Wissens, die Bedeutung von Auge, Ohr, Sprache, Schrift und Druck für das Wissenargelegt, besonders aber den Einfluß des modernen Verkehrslebens, von Post und Eisenbahn, auf das Wissen der Masse des Volks nachgewiesen, gab er eine Darstellung des besonderen Wachstums des den Arbeitern notwendigen Wissens, welches sich kurzgefaßt in den Lehren der Sozialdemokratie vorfindet, und forderte die Genossen auf, wie bisher so auch in Zukunft gründlich für die eigene Belehrung zu sorgen, um ledig aller tödlichen Furcht vor Göttern und Menschen mit freiem selbständigen Geiste tüchtige Soldaten in dem gewaltigen Heere der internationalen Arbeiterklasse zu sein.

Von einer Diskussion ward abgesehen. Nur Gegner sollten zum Worte kommen. Niemand meldete sich.

In dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum 1. Mai“, ergriff Genosse Ewald das Wort und schlug unter näherer Begründung vor: 1. am 1. Mai eine Volksversammlung mit Vortrag über den „Achtstundentag“ anzuberaumen. 2. Die Feier selber aber auf den nachfolgenden Sonntag, den 3. Mai, zu verlegen und an diesem Tage von der Polizei die Genehmigung zu einem Aufzuge mit fliegenden Fahnen zu verlangen. Werde die Genehmigung nicht erteilt, so sei dadurch wenigstens konstatiert, daß trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes die Sozialdemokraten immer noch mit besonderen polizeilichen Beschränkungen bedacht würden. 3. Möge der Beschluß gefaßt werden, ¼ des am 1. Mai verdienten Tagelohnes der Partei zu überweisen. Alle diese Anträge des Genossen Ewald wurden einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und Abkündigung der Reichskasse schloß die Versammlung.

Dem Verbot der Tellerfassung haben die Brandenburger Genossen jetzt dadurch ein Schnippen geschlagen, daß sie ein festes Eintrittsgeld von 10 Pfennigen erhoben, welches die Polizei nicht verbieten kann. So sorgt die Polizei dafür, daß die Genossen los werden.

Die Sozialdemokratie in den Urtheilsgründen eines Zivilgerichts. Das in Urtheilen der Strafgerichte die sozialdemokratischen Lehren oft genug eine tendenziöse Rolle spielen, ist bekannt. Nun unter dem „neuen Kurs“ aber dürfte sein, daß ein Zivilgericht in einer Privatklagesache sich eine Abweisung auf das Gebiet des „Zustandstaates“ und eine Kritik der sozialdemokratischen Lehren erlaubt. Das ist in Braunschweig geschehen. In einem zu einer Forderungklage gefällten Urtheil des dortigen Zivilgerichts heißt es:

„Einen eigenthümlichen Eindruck macht es übrigens, daß die bei dem vorliegenden Gesellschaftsvertrage Beteiligten, welche zweifellos sämtlich Anhänger der sozialdemokratischen Lehre sind oder vielleicht zum Theil waren, über die Vertheilung des durch gemeinsame Arbeiten erzielten Gewinnes trotz einer vergangenen ausdrücklichen Vereinbarung in Streit gerathen sind, weil augenscheinlich die geübteren Arbeiter der Ansicht huldigen, daß ihnen ein größerer Antheil an jenem Gewinne zuzufallen müsse, als den weniger geübten. Aus diesem Falle ist ein kleines Bild derjenigen Zustände zu entnehmen, welche eintreten würden, wenn jene Lehre unglücklicherweise, wenn auch unzweifelhaft nur für kurze Zeit, einmal zur Herrschaft gelangen sollte.“

Wir finden, daß es einen eigenthümlichen Eindruck macht, wenn ein richterliches Erkenntniß in einer Sache, die mit Parteipolitik nicht das Mindeste zu thun hat, sich auf das Gebiet parteipolitischer Erörterungen begiebt; zur Agitation gegen die Sozialdemokratie sind doch jedenfalls Urtheile der Privatklagen nicht da! Ueber die Qualität dieser Gegenagitation sich auszusprechen, wäre überflüssig!

Altona. Eine zum 23. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Käbbren in Langensfelde eintreffende Versammlung, welche bereits ordnungsmäßig angemeldet war, ist nachträglich auf Grund der Sabbathordnung vom 10. März 1890, welche auch besondere Bestimmungen für die Charwoche enthält, verboten worden.

Mannheim, 21. März. Der Verlag unseres hiesigen Parteiblattes, der „Volkstimme“, steht sich zu folgender Mittheilung an die Parteigenossen gezwungen:

„Am Donnerstag, den 19. März, hat unser Redakteur Ferd. Thies ohne unser Vorwissen und Einverständnis seine Stellung als Redakteur aufgegeben, um sich nach der Schweiz zu wenden. Da am 16. März die „Volkstimme“ beschlagnahmt wurde, so nehmen wir an, daß die event. Folgen dieser Maßregel ihn mitbestimmt haben mögen, seine fernere Thätigkeit bei uns einzustellen.“

Wir haben sofort Schritte gethan, um ihn zu veranlassen, seine vertragmäßige Zeit einzuhalten und sich auch eventuell als verantwortlicher Redakteur zur Verfügung der Behörde zu stellen. Da er nun bis zur Stunde unserer Aufforderung nicht nachgekommen ist, so fahlen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß wir das Vorgehen von F. Thies mit aller Entschiedenheit verurtheilen. Wir erklären ferner sein Verhalten als ein eines Genossen unwürdiges, welches gerade bei ihm in seiner maßgebenden und einflußreichen Stellung als ein selbes bezeichnet werden muß.“

Kein Wort kann scharf genug sein, um eine so elende und schmachvolle Feigheit zu rügen.

Dann-Münden, den 23. März. Einen Beitrag zu dem Artikel „Sächsischer Gemüthlichkeit“ in Nummer 67 des „Vorwärts“ vom 20. März dürfen folgende Vorkommnisse im hiesigen Kreisverein bilden. In der letzten Generalversammlung genannten Vereins wurden vom Vorsitzenden mehrere Schlußsätze — unterzeichnet vom preussischen Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau und dem Minister des Innern Herrmann — verlesen des Inhalts, daß der Verein, sofern derselbe als Kreisverein weiter bestehen, eine Fahne mit königl. Wappen führen wollen u., seine Statuten so ändern müsse, daß Sozialdemokraten, überhaupt „staatsgefährliche Elemente“ beliebig ausgeschlossen und nicht aufgenommen werden können. Ferner wird verlangt, daß Reserve-Offiziere ohne Weiteres als Ehrenmitglieder aufgenommen werden müssen, dagegen andere Personen nur durch Generalversammlungs-Beschluß zu Ehrenmitgliedern ernannt werden können. Der Vorsitzende des Vereins betonte wiederholt, daß die in genannten Schriftstücken verlangten Aenderungen des Statuts angenommen werden müßten, falls der Verein weiter bestehen solle, worauf denn ein Mitglied betonte, daß man dann auch die Sozialdemokraten aus dem Heere ausschließen müsse. Es ist jetzt also festgestellt, daß die sächsische Gemüthlichkeit auch in Preußen ihren Sitz genommen hat.

Am 19. d. M. wurde der Genosse Ernst Keese wegen Verleumdung des hiesigen sog. Arbeiter-Bildungsvereins vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe evant. 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Urtheil wurde Berufung eingelegt. Vermerkswerth hierbei ist, daß der Vertreter des Staatsanwalts, Wendel, die Un glaubwürdigkeit des Zeugen, Schuhmachermeister G. Markus aus Kassel, damit begründen wollte, daß derselbe in einer Versammlung die Religion als Privatfache erklärt habe, und, so bezugte der Herr weiter, das Zeugniß eines Gottesleugners könne nicht gelten. Zwar erklärte der Richter, daß das nicht dahin gehöre, aber erst, als der Staatsanwalts-Vertreter oben Genanntes vorgebracht hatte.

Vom Mittelrhein, 24. März. Das von der herrschenden Klasse neu eingerichtete Arsenal geistiger Waffen gegen die Sozialdemokratie enthält viel Contrebande, wenn nicht alle diese sogenannten geistigen Waffen dahin zu zählen sind. In unseren Städten mit theilweise starker Garnison ist ein beliebtes Mittel, das freilich weder eine geistige noch eine geistreiche Waffe genannt werden kann, die Geschäfte vor dem Anschlag der Sozialdemokratie abzusichern, der Boykott dieser Geschäfte durch die Militärbehörde. So hat man in Landau dem dortigen Arbeiter-Wahlverein längere Zeit jedes Lokal zur Abhaltung einer Versammlung abgetrieben durch die Drohung mit dem Militärverbot; als endlich ein Wirth sich an diese Drohung nicht beehrte, verbot man wirklich dem Militär den Besuch, noch bevor die drückende Versammlung stattgefunden hatte. In Mainz hat das Gouvernement sogar den Besuch jener Spezereläden verboten, in denen die Mainz-Volkz. Ztg., das dortige sozialistische Organ, Filialen errichtet hat. Am überflüssig sind bei diesem geistigen Kampf die armen Soldaten daran, die längst sich Tabellen anlegen müssen, um nicht eins oder das andere der zahlreichen profibizirten Etablissements unversehens zu betreten.

Stutturt. Hier fand am 18. März eine öffentliche Volksversammlung statt; da jedoch Genosse A. Hoffmann, der das Referat übernehmen sollte, am Kommen verhindert war, so war Genosse H. Kreiner aus Ascherleben erschienen. Derselbe hielt, als die Versammlung die Bedeutung des Tages durch Erheben von den Sigen geehrt hatte, einen längeren Vortrag über Arbeiterschutz und Sozialreform. In Punkt 2 der Tagesordnung: „Die stellen wir uns zum 1. Mai?“ erhielt Genosse O. Martens, Leopoldshall, das Wort. Derselbe führte in kerniger Aussprache der Versammlung die für den ganzen Arbeiterstand so wichtigen Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris klar vor Augen und führte an, daß es Sache der Arbeiterschaft sei, diese Beschlüsse zu verwirklichen; indem sie mit aller Kraft für die Achtstunden-Bewegung eintritt. Dem entsprechend wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse wurde beschlossen, den 3. Mai als Tag der Kundgebung für die Achtstundenbewegung festlich zu begehen und im Uebrigen sich dem Vorschlag des Parteivorstandes anzuschließen. Nachdem noch ein Genosse ein geistiges Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, nämlich ein von der sächsischen Kirchenynode an alle hiesigen Schulkinder vertheiltes Flugblatt einer derben Kritik unterzogen hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Des Uebrigsten ist schon erwähnt, daß uns das Aufbringen von Geld in öffentlichen Versammlungen stets Anstößig gemacht wird. Diesmal hatten wir, weil doch gesetzlich erlaubt, ein festes Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. Aber auch das wurde uns wieder verboten und drei dabei betheiligte Genossen belassen am 20. März ein Strafmandat von je 30 M. evant. 3 Tage Haft. Widerspruch ist bereits erhoben worden.

# Theater.

Donnerstag, den 26. März.  
 Opernhaus. Geschlossen.  
 Schauspielhaus. Geschlossen.  
 Festung-Theater. Thermidor.  
 Berliner Theater. Rean.  
 Deutsches Theater. Einsame Menschen.  
 Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.  
 Der Vogelhändler.  
 Wallner-Theater. Miß Helgett.  
 Residenz-Theater. Der selige Loupinel. Vorher: Die Schulreiterin.  
 Viktoria-Theater. Die sieben Kaben.  
 Fellesalliance-Theater. König Lear.  
 Abend-Theater. Der Roland.  
 Thomas-Theater. Der Millionenbauer.  
 Adolph-Graß-Theater. Adam und Eva.  
 Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 31. März:  
**Abschieds-Vorstellung.**  
**Circus Schumann.**

Friedrich-Stark-Ufer.  
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
 mit neuem vorzüglich gewähltem Programm. Auftreten sämtlicher Künstlerinnen. Reiten und Vorführten der bestbesetzten Schul- u. Freizeitspielder. Komische Entrees sämtlicher Akteure.

Nur noch einige Male:  
**Circus unter Wasser.**  
**Die Marionetten.**  
 Sensationelle Wasserpantomime.  
 Morgen, Charfreitag: Keine Vorstellung.  
 Sonnabend, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.  
**Die Marionetten.**

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.

Täglich:  
**Unterhaltungsmusik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausbehang von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben unter Mitwirkung von Opernsängern u. Konzertmalern Signor Travieki aus Rom.

Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 708 F. Sodtke.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 Prof. Dr. R. Koch  
 im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Berl. Bock-Brauerei,**  
 Compethofer Berg.  
 Täglich:  
 Alt-Berlin auf d. Bod.  
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der  
**Bock-Saison 1891,**  
 verbunden mit gr. Militär-Konzert.  
 Anfang:  
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
 Berl. Original-Beckbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.  
 Dr. Hoesch, homöopath. Arzt  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

**Diebe-** (1200b)  
 fien Glückwünsche unserm Freunde und Genossen **Hugo Anschütz** zu seinem 22. Wiegenfeste.  
 Ob wir uns im Zukunftsstaat treffen?  
 Unser Programm lautet so!

Unserem Kollegen u. Genossen, dem Prager **Albert Scharnow** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch von den Nachtlichtern (auch Schnecke). Littauer & Boysen. 1202b

Unserem Vorstehenden **Albert Mewes** zu seinem 41. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch von seinen Kollegen im Vorstande des Vereins der Former.

Unserem Meister **Herrn Karl Ströhm** zu seinem 52. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! Die Sauferei wird gut! Wie das qualmt! 1208b  
**Die Antiken nebst Kellerwürmern.**

Dem Werkführer **Herrn Hermann Lehder** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hebehoch!  
 1216b Mehrere Unverbesserliche.

Am 23. März, Nachm. 5 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Buchdrucker **Richard Fehlberg** im 31. Lebensjahre.  
 Berlin, 25. März 1891.  
 102M) Die Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Charfreitag, Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobskirchhofs statt.

**Arbeiter-Bildungs-Verein für Friedenau, Steglitz und Umgegend.**  
 Sonntag, den 22. März, verstarb unser Mitglied, Herr **Karl Franke** an der Proletarier-Krankheit.  
 Die Beerdigung findet Freitag, den 27. März, Nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Fichtestr. 6 in Steglitz, aus statt.  
 Um zahlreiche Theilnahme bittet  
 857/1 Der Vorstand.

**Kranzbinderei**  
 und Blumenhandlung  
**J. Meyer,** Berlin SO., Wienerstr. 1.  
 In der Ecke bei der Mantelstrasse, liefert Guirlanden Meter von 15 Pf. Doppelbügel-Vorbeerfränge von 50 Pf. an. Topfpflanzen wie Bouquets etc. gut und billig.  
 Cottillondouquets pr. Dgd. v. 1 M. an.  
 Parnsprecher. Amt IX. 9482.

**Verlag des „Vorwärts“**  
 Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstrasse 3.

**Schriften zum**  
**Achtstundentag!**  
 Als äusserst wichtig für die Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen wir den Genossen:  
**Santoky, H.,** Der Arbeiterschuh, besonders die internationale Arbeiterschuh-Gesetzgebung und der Achtstundentag. 2. Aufl. 30 Pf.  
**Ernst, P.,** Die Arbeiterschuh-Gesetzgebung und ihre internationale Regelung 15 Pf.  
**Seidel, H.,** Der Achtstundentag vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und Demokratie 10 Pf.  
**Der Kampf um den Achtstundentag.** Eine Festschrift. 10 Pf.  
**Grieb, Aug.,** Der Normalarbeitstags. 10 Pf.  
**Friedrich, Heinr.,** Der erste Mai. Ein Zeitbild in drei Abth. 40 Pf.  
**Quark, Dr. M.,** Die Arbeiterschuh-Gesetzgebung im Deutschen Reich. 1 Mark.

**Geisäftshaus S. Heine.**  
**Chausseestraße 14**  
 Die schönsten  
**Kinder-Kleider**  
 für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgencröde, Unterröde, Zeitotailen u. Bloujen** auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!  
**Chausseestraße 14**  
**Geisäftshaus S. Heine.**

**Achtung! Metallschleifer!**  
 Am Freitag, den 27., (Charfreitag):  
**Fusspartie.**  
 Treffpunkt: 7 Uhr Vormittags im Lustigen Siesel, Stalinerstr. 18.  
 236/5 Der Vorstand.

**Achtung Stellmacher!**  
 Dienstag, den 31. März, (3. Osterfeiertag), Anfang 6 Uhr Abends, bei Keller, Bergstrasse 68:

**Tanz-Stränzchen.**  
 Herren-Billet 50 Pf., Damen frei.  
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
 285/6 Das Komitee.

**Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub Johannes Wedde.**  
 Am Donnerstag, den 26. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, 854/3  
**Urbanstr. 118 bei Vogel:**  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Achtung! Rirdorf!**

Sämtliche Genossen, welche noch Abonnement-Billets von der neuen Zeitung für die Kreise Teltow, Ober- und Nieder-Barnim in Händen haben, werden ersucht, dieselben am Freitag Abend bei Duschek, Bergstrasse 7, abzugeben. 855/17  
 Der Vertrauensmann.

**Achtung!**  
**Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!**

In der Pianoforte-Fabrik von **Mah & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.  
 188 Die Kommission.  
 NB.: Sammelbillets können jeden Abend bei Binzer, Neumannstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstrasse 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden B. Neumann, Ackerstr. 183, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

**Den Parteigenossen**  
 empfehle ich mich zur Anfertigung gut sitzender Herren-Garderobe.  
**A. Böttcher,** Schneidermeister,  
 Fährbringerstr. 36. [882L

**Steppdecken!!**  
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lafévres Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 188. [277L  
 1/2 Posten **Schlafdecken** m. kleinen reinen Federn.  
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
**Werth das Doppelte!!**  
 Illust. Preisliste gratis u. franko.

Neu! D. R. P. Nr. 62 149 Neu!  
**Schnell! Billig! Requem!**  
 Vollständig gefahrlos ist die Einrichtung zum

**Gefahrlosen Tränken**  
 des zum Feueranzünden dienenden Holzes mit Petroleum



und kostet jährl. nur 25 Pfg., wenn täglich viermal Feuer angezündet wird, selbes mit Kief-, Birken-, Buchen-, Eichen- od. Eisenholz. Nach viel Bemühungen ist es uns gelungen, den Apparat praktisch und einfach herzustellen, daß sogar jedes Kind Feuer anzünden kann, ohne dabei in Gefahr zu kommen, sich und Anderen Schäden zuzufügen, wie es schon so vielen Hunderten ergangen ist. Darum saume man nicht, sich eine solche Universal-Fabrik für den billigen Preis von 75 Pfg. anzuschaffen. Die Einrichtungen sind zu haben in jedem Eisenwaren-Geschäft u. ähnl. Branchen.  
 General-Vertrieb:  
**H. L. Baumann in Berlin SO.,** Wienerstr. 21. 578L

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstrasse 28, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.  
 Das gr. Lager Berlins  
**Kinderwagen. Andreasstr. 23, S. p**

**Zentral-Frankenkasse**  
**der Maurer, Steinhauer, Stuckateure etc.**  
 „Grundstein zur Einigkeit.“  
 Donnerstag, 26. März, Abends 8 Uhr, bei **Schoffer, Inselstr. 10:**  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl eines Komitees zu der am 4. Mai hier stattfindenden General-Versammlung. 2. Verschiedenes.  
 229/2 Die Verwaltung.

**Dachdecker.**  
 Sonnabend, 28. März, Abends 8 Uhr, bei **Feindt, Weinstraße 11:**  
**Öffentliche Versammlung**  
**sämmtl. Dachdecker Berlins u. Umgegend.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen sich die Dachdecker zu der Resolution der Bauhandwerker-Konferenz zu Berlin? 2. Beschlußfassung zur Feier des 1. Mai. 3. Die Petition wegen Unfällen auf Bauten an das Berliner Polizeipräsidium. 4. Verschiedenes. — Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht  
 Der Einberufer: **W. Raackwitz.**

**Achtung!**  
 Die zum ersten Osterfeiertag veranstaltete **Wohlthätigkeits-Matinée** des Berliner Sanitäts-Vereins findet nicht im Saale der Aktienbrauerei „Friedrichshain“, sondern im Saale des **Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11-13, statt.** — Der Saal der Aktienbrauerei „Friedrichshain“ ist irrtümlich anderweitig vergeben. — Die abgegebenen Billets behalten ihre Gültigkeit.  
 Das Komitee. 280/2

**Achtung! Achtung!**  
**Steindrucker u. Lithographen.**  
 Sonntag, den 29. März (1. Osterfeiertag), Vormittags 12 Uhr, in **Joël's Festsälen, Andreas-Strasse Nr. 21:**  
**Grosse Matinée**  
 bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert.**  
 Veranstaltet vom **Männergesangsverein „Senefelder“** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.) Dirigent: Herr **Fißter.**  
 Auftreten bedeutender Spezialitäten.  
 Um recht zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**  
 281/11 J. H. M. Mescha, Urbanstr. 87.  
 NB. Um Irrthümer zu vermeiden, sei hiermit bekannt gemacht, daß diese Matinee mit der von einigen Steindruckern und Lithographen in Kaufmann's Variété veranstalteten in keinerlei Zusammenhang steht und der Gesangsverein „Senefelder“ nur solche Lokale zu seinen Vergnügungen nimmt, welche auf der Sozialliste stehen.

**Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,**  
 reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Kirschbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer,** S.-O., Köpnickstr. 25, nahe d. Köpnick-Brücke.

**Apfelsinen Stück 3 Pf.** dünnschalige süße Frucht, empfiehlt die Südfrucht-Handlung **S. O., Köpnickstr. 25, v. B. Vehlows,** Lindenstr. 54, 17  
**Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringersstr. 75.**

**Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Beuthstrasse 3.

Von uns ist zu beziehen:  
**Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.**  
 Von **Moritz Rittinghausen.**  
 1. Auflage. 8° Preis broschirt 2,50 M.  
 Das Rittinghausen'sche Buch bildet eine vortreffliche Anleitung für Jeden, der sich mit der Frage der direkten Gesetzgebung näher beschäftigen will. Dem Verfasser gebührt das Verdienst, die direkte Gesetzgebung in Deutschland populär und in ihrer vollen Bedeutung verständlich gemacht zu haben. Besonders den Vereins-Bibliotheken empfehlen wir das Buch zur Anschaffung.

**Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Beuthstrasse 3.  
 In unseren Verlag ist übergegangen:

**Ursprung und Lage der ländlichen Arbeiter.**  
 Von **Julius Türk.**  
 Preis eleg. brosch. 90 Pf.  
 Für die Agitation unter den ländlichen Arbeitern wird die vorstehende Schrift erspriessliche Dienste leisten, weshalb jedem Genossen, der sich an derselben zu betheiligen beabsichtigt, Kenntniß des Inhalts derselben zu empfehlen ist. Der Verfasser hat mit großem Fleiß ein reiches statistisches Material zusammengetragen, das klar und deutlich das Elend zeigt, in dem das ländliche Proletariat schmachtet.

## Das Ausverkaufs-Übel.

II.

In allen den im vorhergehenden Artikel angeführten Auseinandersetzungen in Dieck's „Gewerbe-Zeitung“ treten die Ungesundheits- und Erbärmlichkeit unserer kommerziellen Verhältnisse scharf zu Tage. Das Ausrufen zum Kaufen durch Herabsetzung der Preise, welches dem Artikelschreiber nach als ganz gesund erscheint, ist gleichfalls für unbesangene und sozialwirtschaftlich klärende Beurtheiler ein nicht zu verkennender Beweis für die Mangelhaftigkeit unserer wirtschaftlichen Zustände. Bei sozialwirtschaftlich wirklich gesunden Zuständen werden solche Anreize zum Kauf von selbst fortfallen und das Bedürfnis der Konsumenten wird als Veranlassung zum Waarenwerb vollkommen ausreichen. Was darüber ist, ist auch heute schon vom Uebel.

Mehr zu kaufen als das natürliche und vernünftige Bedürfnis verlangt, schadet dem Käufer und giebt der Waarenproduktion eine unnatürliche und die Produzenten über die Bedürfnisfrage täuschende Anregung.

Selbstverständlich ist in der künstlichen Anstachelung der Kaufkraft nur ein vergleichsweise geringfügiges Uebel zu sehen.

Sehr viel schlimmer steht es mit dem geradezu ungeheuerlichen Betrug, der in dem Ausverkaufsweisen an's Licht der Öffentlichkeit tritt. Alles was der § 203 des Strafgesetzbuches als notwendige Bedingungen zur Strafthat des Betruges aufführt, ist dabei zu finden: Die Vermögensschädigung des Käufers durch Anschaffung mangelhafter Waaren, die Verpiegelung falscher und die Unterdrückung oder die Enttarnung wahrer Thatfachen durch Erregung des Irrthums, 1. daß die Waare zu erheblich billigeren Preisen losgeschlagen werde, als sie im gewöhnlichen Handel zu haben sei, daß 2. der Verkauf unter gerichtlicher Kontrolle stattfindet und daß 3. die Waare, die zu dem Zwecke der künstlichen Fortschleppung solcher Ausverkäufe auf gekauft wird, dem Konkurswaarenlager selbst entstamme. Daß bei alledem die Absicht vorwaltet, dem Ausverkäufer einen Vermögensvorteil zu verschaffen, liegt auf der Hand, und daß dieser Vermögensvorteil als rechtswidrig betrachtet werden muß, geht schon daraus hervor, daß heute bereits alle Welt, auch alle ehrlichen Kaufleute von dieser Art Geschäft als von einem Ausverkaufschwindel sprechen.

Einen ganz besonders hervorzuhebenden Krebsknoten unserer Handelsverhältnisse dokumentiert noch der Umstand, daß sich Schwindelhafte Ausverkäufe durch ihre anscheinenden Schleuderpreise vorzugsweise geeignete Waare von deren Fabrikanten zusammenzukaufen, um sie an die professionsmäßigen Ausverkäufer weiter zu geben.

Der Verfasser des Aufsatzes in der „Gewerbe-Zeitung“ theilt nun einen Vorschlag mit, wie diesen schwerwiegenden Uebelständen wenigstens zum Theil auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse abgeholfen sei.

Er folgt mit Bezug hierauf folgendes: „Weshalb, fragen wir, thut die solide Konkurrenz, welcher durch derartige Geschäftsmanipulationen argen Schaden zugefügt wird, keine geeigneten Schritte zur Abwehr solchen unethischen Geschäftsgebahrens? Was für den Einzelnen schwer, ja geradezu unausführbar erscheint, wäre durch eine Vereinigung einer solchen Interessentengruppe schon ein weit leichter erreichbares Ziel, und hier müßte unseres Erachtens auch der Hebel zur Beseitigung solcher eklatanten Mißstände, die den Detailhandel in seiner Gesamtheit aufs ärgste schädigen und in Mißkredit bringen, angefaßt werden. Man sollte die Dinge nicht erst so weit kommen lassen, sondern rechtzeitig eingreifen.“

Sobald eine Konkursmasse zum Verkauf steht, sollten die dadurch hauptsächlich in Mitleidenschaft gezogenen Konkurrenz-Geschäftsinhaber der nächsten Nachbarschaft eine Vereinigung bilden behufs Erwerbung der Waaren aus der Konkursmasse, um alsdann für gemeinschaftliche Rechnung zu verkaufen. Steht schließlich ein Verlust heraus, so wird er auf die einzelnen Mitglieder der Vereinigung repartiert, und je stärker die Beteiligung, um so geringfügiger würde sich ja die Einbuße bei dem Einzelnen stellen. Der gewiß nicht zu gering anzuschlagende Vortheil wäre darin zu suchen, daß den soliden Konkurrenzgeschäften nicht auf indirektem Wege, wie dies der von einem Unternehmer auf Gewinn organisierte Ausverkauf unbedingt zur Folge haben müßte, weit empfindlichere Wunden geschlagen würden.“

Der Gedanke ist garnicht übel. Solche Interessenten-Vereinigungen wären ein Fortschritt zum Besseren, zumal wenn die Vereinigten vor allen Dingen darauf sehen würden, daß es bei ihren Ausverkäufen stets vollkommen reell zugehe.

Wir von unserem Standpunkte fragen jedoch: Weshalb in aller Welt soll es dem Belieben und der größeren oder geringeren Einsicht der betreffenden Interessenten überlassen bleiben, solche Vereinigungen zum Zwecke der Herbeiführung einer baldigen und möglichst gründlichen Gesundung unserer Handelsverhältnisse zu bilden?

Bei so tiefgehenden Schäden an unserem Wirtschaftskörper muß zweifellos die Gesetzgebung eingreifen. Auf Grund gesetzlicher Vorschriften wären Vereinigungen von Kaufleuten aller Orte beziehungsweise bestimmt abgegrenzter Bezirke, selbstverständlich für die verschiedenen Branchen verschiedene Vereinigungen, zu gründen, die jedes Konkurs-Waarenlager zu übernehmen und zu verkaufen haben müßten.

Daß diese Vereinigungen selbst sich auf irgend welche Schwindelverlegen könnten, z. B. durch Fortschleppung der Ausverkäufe weit über die Grenzen der Konkursmasse hinaus, wäre durch Kontrolle der betreffenden Wäcker kinderleicht zu verhindern.

Eine derartige legislative Maßnahme würde nun auch den Keim für eine wirklich gesunde Organisation des Handels im Uebergangsstadium zur sozialistischen Gesellschaft bilden und nach vielen Richtungen hin nützlich zu wirken vermögen.

Hier, wie überall ist die Zusammenfassung der Interessenten gruppen auf breiterer gesetzlicher Grundlage und zu Ruh und Frommen der gesamten Gesellschaft das Erste, was wir Sozialdemokraten zu verlangen und anzubahnen haben.

## Kommunales.

Berlin, den 25. März 1891.

Es wird Frühling! In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten geschah das Auserordentliche, daß ein sozialdemokratischer Antrag angenommen und ein Antrag zum Besten der Allgemeinheit von der Majorität im Verein mit den Sozialdemokraten zum Beschluß erhoben wurde.

Wart das Frühlingswetter? Der erste Gegenstand betraf den Transport der Militär-Gefangenen. Im Jahre 1888 hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung über die Art des Transportes dieser Gefangenen entrüstet. Diese Entrüstung war eingeschlafen, nachdem der Gouver-

neur erwidert hatte, daß die Art des Transportes Sache der einzelnen Truppenteile sei. Die Sozialdemokraten verlangten, daß der Magistrat mit dieser Antwort sich nicht zufrieden geben, sondern weitere Schritte ergreifen solle. Nach eingehender Begründung dieses Antrages durch Genossen Vogt herr lebte die Entrüstung bei der Majorität wieder auf und wurde der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Antrag angenommen.

Der zweite, wesentlich erheblichere Gegenstand betraf die auch von Sozialdemokraten angeregte Vergrößerung des Viktoriaparks am Kreuzberg und Verschönerung desselben durch einen Wassersturz. Der Ausschuss, dem Genosse Zubeil angehört, hatte theilweise über die Magistratsvorlage hinausgehend die Vergrößerung des Viktoriaparks und Einrichtung einer größeren Wasserkuranlage befürwortet. Die freisinnigen Stadtverordneten Wohlgenuth und Sachs II führten zwar eine Reihe penibel hervorgehobener Gründe gegen den Vorschlag ins Feld. Konnte die Abstimmung insbesondere wegen des Hervortretens unwesentlicher Gründe seitens des Referenten Kyllmann (so zum Beispiel, daß durch den Wassersturz mehr Fremde angesprochen würden, um hier ausgezogen werden zu können), noch zweifelhaft sein, so ist es Genossen Singer durch lebhaftes Vorführen der gesundheitlichen Interessen, insbesondere der minder Wohlhabenden, zu danken gewesen, daß schließlich mit 71 gegen 26 Stimmen der Vorschlag des Ausschusses angenommen wurde.

Glückauf zur besseren Einsicht der Mehrheit der Stadtverordneten — Wasser allein thut's freilich nicht.

## Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Mittwoch, den 25. März.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisationsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Die Enteignung des von dem Grundstücke Lothringersstraße 81 zur Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains wird genehmigt.

Eine Reihe unwesentlicher Magistratsanträge wird debattelos angenommen.

Stadtverordneter Kyllmann und Genossen beantragen die sofortige Benennung der anbaufähig hergestellten Straßen durch den Magistrat, im Hinblick auf die großen Mißlichkeiten, die es mit sich bringt, wenn über 200 Berliner Straßen nur mit Nummern bezeichnet sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ein Beitrag in Höhe von 1000 M. (der Magistrat hatte nur 500 M. beantragt) zu den Kosten eines Denkmals für Hoffmann von Fallersleben auf Helgoland wird genehmigt.

Die Vorlage betr. einen Nachtragsvertrag mit der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahngesellschaft wird auf Wunsch des Stadtverordneten Vogt herr mit dem bekannten Antrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Bezug auf Angelegenheiten der Pferde-Eisenbahnen verbunden.

Stadtverordneter Vogt herr begründet diesen Antrag. Die Aenderung des Tarifwesens beabsichtigt, einer Menge der Berliner Bevölkerung ein Ende zu machen. Das veraltete Tarifwesen, das jetzt herrscht, führt zu großen Unzutrefflichkeiten. Dabei würde selbst das Interesse der Gesellschaft gewahrt bleiben. Ein 10 Pf.-Tarif für alle beliebigen Strecken wird nur eine Vermehrung der Postagio um 15 pCt. nöthig machen, wenn derselbe Ertrag wie bisher erreicht werden solle. Was die Benutzung der Deckplätze auch seitens des weiblichen Theils der Bevölkerung anbelangt, so verweist Redner auf Dresden, die Hauptstadt desjenigen Landes, das sich sonst der spießbürgerlichsten Einrichtungen erfreue, wo aber die Deckplätze der Pferdebahn-Wagen auch von Frauen benutzt werden. Redner stellt schließlich die in seinem Antrage niedergelegten Wünsche bezüglich der besseren Verbindung mit dem Wedding und dem Osten näher andauernd und beantragt diese Anträge der in Vorschlag gebrachten 14gliedrigen Kommission zur Vorberatung zu überweisen.

Stadtverordneter Dinsie meint, daß alle diese Beschwerden, da die Stadt auf die Pferdebahn-Gesellschaft wenig Einfluß üben könne, am besten bei jeder Konzessionierung neuer Linien vorgebracht werden müßten. (Beifall.)

Die Diskussion ist damit geschlossen. Die Anträge gehen an den 14gliedrigen Ausschuss.

Es folgt die Beratung des Antrages des Stadtverordneten Vogt herr und Genossen, betreffend den Transport von Militärgefangenen durch die Stadt. Der Magistrat wird darin aufgefordert, in dieser Angelegenheit baldigst weitere Schritte zu thun.

Stadtverordneter Vogt herr erinnert daran, daß der Antrag nicht das erste Mal die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte. Er sei damals auf die Tagesordnung gekommen, als sich der bekannte Vorfall, daß ein Arrestant von seinem Transporteur erschossen worden sei, ereignet hatte. Man habe damals bei den Militärbehörden nichts erreicht. Das dürfe die Versammlung jedoch nicht abhalten, von Neuem Versuche zur Beseitigung eines solchen Zustandes, — denn täglich von selbst geschähe nichts. Die Stadtverordneten-Versammlung müsse als treibende Kraft dahinter stehen. Er schlage vor, sich an das Kriegsministerium mit einem Gesuch zu wenden.

Der Antrag Vogt herr wird ohne Diskussion mit knapper Majorität angenommen.

Es folgt die Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Herstellung eines Wassersturzes im Viktoriapark und die Vergrößerung des Parkterrains.

Der Referent Stadtverordneter Kyllmann vertritt den Standpunkt der Majorität in dem vorderstehenden Ausschuss, welcher eine Erhöhung des Wassersturzes von 18 auf 27 Meter und die damit verbundenen Mehrkosten von 152 000 M., sowie den Ankauf einer ganzen Anzahl von Baugrundstücken zur Vergrößerung des Parkes gutgeheißen hat und empfiehlt den Beschluß des Ausschusses der Versammlung zur Annahme.

Der Korreferent Stadtverordneter Wohlgenuth vertritt den Standpunkt der Minorität, die weder eine Vergrößerung des Parkes, noch die Erhöhung des Wassersturzes um 9 Meter will, da die Kosten der Anlage zu hoch werden würden. Er behauptet, die Vorlage sei ein Kind der Ueberschüsse, hätte man nicht die Ueberschüsse, so würde diese Vorlage nicht an die Versammlung herangekommen sein. Das sei das Böse der Ueberschüsse, daß sie leicht zu ganz unnützen Ausgaben verleiten.

Stadtverordneter Fortmann erklärt sich für den Ausschussantrag. Berlin sei an landschaftlichen Schönheiten und Parkanlagen arm. Jetzt, wo man gesehen habe, was aus dem Sandhügel Kreuzberg gemacht worden sei, müsse man für möglichste Vergrößerung des Terrains eintreten.

Stadtverordneter Sachs II erklärt sich gegen den Ausschussantrag.

Er überlasse es der Versammlung, über die Vergrößerung des Parkterrains zu befinden, unterschieden müsse er sich gegen die lustspielige Anlage des Wassersturzes erklären, der völlig zwecklos sei, von dem er auch glaube, daß er keine bemerkenswerthe Verschönerung der Hauptstadt bilden werde, der mehr eine Spielerei sei und auch in hygienischer Beziehung nicht bessernd wirken werde.

Stadtverordneter Singer: Er werde für die „Spielerei“ stimmen und wisse, daß er damit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung einen großen Gefallen thue. Er stimme insbesondere dafür, weil er überzeugt sei, daß der Wassersturz die Gesundheitsverhältnisse bedeutend fördern werde. Parkanlagen seien sozusagen die Lungenflügel der Großstadt, dieselben müßten deshalb möglichst Ausdehnung erhalten. Der Kostenpunkt sei nicht in den Vordergrund zu stellen. Wenn er der Versammlung vorrechnen wollte, was die Stadt innerhalb der letzten Jahre für wirkliche Spielereien ausgegeben habe, so glaube er nicht, daß eine jährliche Ausgabe von 50 000 M. irgendwie ins Gewicht fallen könne. Wasser sei das beste Desinfektionsmittel und die Anlage werde ganz entschieden bessernd auf die Gesundheitsverhältnisse der Stadt einwirken. Der Wassersturz werde in dem Parke den Anziehungspunkt bilden und Hunderttausende würden sich an dem wechselnden Spiel des Wassers erfreuen und die Parkanlagen aufsuchen. Die Sparsamkeit sei hier übel angebracht, man solle die Vorlage von höheren Gesichtspunkten, nicht von dem finanziellen Gesichtspunkte aus prüfen. Das, was für die Gesundheitsverhältnisse der Stadt und die der Erholung bedürftige ärmere Bevölkerung aufgewendet werde, sei nie zu theuer. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzem Schlusswort der beiden Referenten wird zur namentlichen Abstimmung geschritten. 78 Stimmen werden für; 19 Stimmen gegen Punkt 1 des Ausschussantrages — Vergrößerung des Parkterrains — gezählt. Die Vergrößerung des Parkterrains ist also beschlossen.

Es folgt namentliche Abstimmung über Punkt 2 des Ausschussantrages — Erhöhung des Wassersturzes —. Punkt 2 wird mit 71 gegen 26 Stimmen angenommen.

Auch die übrigen Punkte des Ausschussantrages werden ebenso wie zwei Vorlagen des Magistrats betreffend des Neubaus zweier Doppelschulen angenommen.

Schluss der Sitzung 8 Uhr.

## Lokales.

Das Geseh, betreffend die Alters- und Jubiläumsversicherung der Arbeiter, ist in gewisser Beziehung ebenso eine terra incognita, wie der dunkle Welttheil, das schwarze Afrika. In Bezug auf Komplizirtheit übertrifft es die beiden vorhergegangenen Versicherungsgesetze noch um mehrere Nasenlängen, wie es ja als Krönung des sozialen Gebäudes dieselben auch an Reichthum übertreffen soll. Für den beschränkten Unterthanenverstand ist es daher ungemein schwer, dieses Geseh zu begreifen und sich in die labrathischen Bestimmungen desselben „hineinzuarbeiten“. Es ist daher nur dankbar anzuerkennen, wenn die Behörden bemüht sind, mit der Leuchte ihres Wissens den oftmals dunklen Sinn der Gesehsbestimmungen aufzuhellen und sie dem gemeinen Volke sichtbar und leicht verständlich zu machen. Bei diesem löblichen Streben soll es nun aber auch vorkommen, daß im Uebereifer der sonst klare Wortlaut des Gesehs verunkelt und dadurch die ohnehin schon vorhandene Verwirrung nur noch vergrößert wird. Einen derartigen Fall, den wir seiner Originalität wegen hier besonders hervorheben wollen, theilte neben anderen Fällen letzthin Herr Dr. Lütgenau in einem Vortrage über das Alters- und Invaliditätsgeseh mit. Die Versicherungspflicht betreffend, ist in dem Gesehe ausgeführt, daß dieselbe mit dem vollendeten 16. Lebensjahre beginnt. Es ist dies ohne Zweifel eine ziemlich klare Bestimmung, die keinen Irrthum zuläßt und es heißt wohl die Intelligenz des arbeitenden Volkes durchaus nicht überschätzen, wenn man annimmt, daß auch in Arbeiterkreisen die Fähigkeit vorhanden ist, zu beurtheilen, wann der bedeutungsvolle Moment eintritt, das das 16. Lebensjahr vollendet ist. Dem Vorstände der Versicherungsanstalt Berlin scheinen nun aber nach dieser Richtung hin doch einige Strupel aufgefallen zu sein; wenigstens hat derselbe sich veranlaßt gesehen, eine Erläuterung zu dieser Gesehsbestimmung zu geben, die jeden Zweifel über den Beginn der Versicherungspflicht beheben soll. Zu diesem Behufe sagt nun der Versicherungsanstalts-Vorstand: Das 16. Lebensjahr vollendet derjenige oder diejenige, der seinen oder die ihren 16. Geburtstag begeht! Diese Erläuterung erscheint von verblüffender Einfachheit und doch ist dieselbe nur geeignet, die klare Bestimmung des Gesehs betreffend des vollendeten 16. Lebensjahres zu verwirren. Denn nun entsteht wiederum die Frage: Wann ist der 16. Geburtstag? Ueber diese Frage sind sich die Gelehrten bekanntlich durchaus nicht einig, indem die einen den Tag der eigentlichen Geburt, den Tag, an dem ein Weltbürger oder eine Weltbürgerin ins Leben tritt, als „ersten“ Geburtstag rechnen, während die anderen erst die Wiederkehr dieses Tages nach Jahresfrist als „ersten“ Geburtstag gilt. Diese beiden Reihenweisen differieren mit ein Jahr, was namentlich im Rahmen des Versicherungsgesehs von wesentlicher Bedeutung ist. Dem Vorstände der Versicherungsanstalt wird demnach kaum etwas Anderes übrig bleiben, als der ersten eine zweite Erläuterung der Gesehsbestimmung folgen zu lassen, in welcher nunmehr der Begriff des „16. Geburtstages“ näher zu präzisieren sein wird. Durch derartige Erläuterungen wird aber offenbar das Verständniß für die Gesehsbestimmungen nicht erleichtert, sondern erschwert und es gilt auch hier das Wort: „Alles Ueberflüssige ist vom Uebel!“

## Der Kampf um's Aeid — ein Kampf um den Glauben!

Wie erinnerlich, hatte die Oberkirchenbehörde vor Kurzem die Verfügung wieder aufgefischt, daß hinfort die Konfirmandinnen am Tage der Einsegnung nur in schwarzem Gewände in der Kirche erscheinen dürften. Der Anstoß zu dem Erlaß ist wohl darin zu suchen, daß die Töchter begüterter Eltern einen übertriebenen Puh an gedachtem Tage zur Schau stellten; und das ist ja allerdings bekannt, daß ein sehr großer Theil der weiblichen Kirchgehenden — und aus den Frauen und Mädchen rekrutirt sich doch ganz besonders der Kirchenbesuch — besonders dann den unwiderstehlichen Drang der geistlichen Tröstung empfindet, wenn merkwürdigerweise ein Kostüm zum ersten Male angelegt wird, das dem um seine Existenz oft schwer ringenden Gatten oder Vater durch Bitten, Thränen und andere Waffen abgerungen ist. — Ob der Verfügung der Oberkirchenbehörde nun schmolten gar viele Mütter und Töchter der evangelischen „gebildeten“ Bevölkerung, und manch' Töchterlein wird blutige Thränen geweint haben, daß sie „das Weißheidene“, statt am Tage der Sammlung, nun erst beim „ersten Balle“ zum Aeid und Kerger ihrer Freundinnen zeigen darf. Aber nicht alle gläubigen Seelen verharren beim beruhigenden „passiven“ Widerstand; es giebt auch aggressive Naturen — und zu diesen letzteren gehört die Frau des Sprachlehres Kampf.

von der die „Voss. Ztg.“ mitteilt, daß sie ihre Tochter Olga und Jenni, weil ihr die Konfirmationsfeierlichkeiten, bei denen alle Mädchen in Schwarz gekleidet werden, „wie eine Leichenfeier, bei der nur der Satz fehlt“, erscheinen, nunmehr in der katholischen Hedwigskirche am Konfirmations-Unterricht teilnehmen läßt, wofür sie zu Pfingsten eingeseget werden sollen. Die Mutter gehört allerdings der römisch-katholischen Kirche an, der Vater ist jedoch evangelisch; die Töchter hatten bisher den evangelischen Konfirmations-Unterricht genossen, und sollten mit Einwilligung der Mutter nach evangelischem Ritus eingeseget werden — wenn, ja wenn sie weiße Kleider tragen dürften. Hier kann man in des Wortes enger Bedeutung sagen, daß unsere gläubigen Kreise den Glauben wie ein Gewand wechseln. Und das sind dieselben Herrschaften, die mit überlegenem Spott auf diejenigen Proletarierfamilien „herabsehen“, die, weil sie an äußerlichem Kultus keinen Geschmack finden, weil sie erkannt haben, daß die Religion oder besser die Konfession mit der Wissenschaft keine Gemeinschaft hat, sie der Letzteren aber, als der verlässlicheren Führerin, folgen wollen, für sich und ihre Kinder den Austritt aus der Landeskirche bewirken und ihre Kinder statt im Buchstabenglauben, in freiem Denken unterrichten lassen. „Die Wilden sind doch bessere Menschen!“ Da fällt uns aber noch ein ein: Die gesamte Bourgeoisie stimmt nicht in das Klagen ein, daß in der sozialistischen Gesellschaft jede Freiheit des Individuums unterdrückt sein werde, daß Alles schematischer Regelung unterliegen würde; wir fragen dagegen ganz bescheiden: Glaubt vielleicht Jemand, daß die Sozialdemokratie jemals eine „Kleiderordnung“ erlassen würde, wie es der evangelische Oberkirchenrath gethan hat? Der wird um seine Adresse gebeten.

**Die Erklärung der Sechzig.** Sechzig Droschkenkutscher haben an die „Voss. Ztg.“ eine Erklärung gelangen lassen, laut der sie sich nicht der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen wollen; allerdings sagen sie auch nicht, welcher anderen Partei sie angehören wollen. Das Schriftstück macht einen heiteren Eindruck, da es keine Spur von Gründen beibringt; die Sechzig Droschkenkutscher erscheinen gewissermaßen als politische Autoritäten, deren Urtheil auch ohne Gründe ins Gewicht fallen und einen politischen Eindruck machen soll. Die Redaktion der „Voss. Ztg.“ ist natürlich genug, der Rundgebung der Sechzig in der That einen solchen Werth beizumessen und dieselbe in besonders hervortretender Druckart abzubringen. Die Sechzig nehmen sich übrigens heraus, für die Droschkenkutscher insgesamt zu sprechen. Die „Voss. Ztg.“ bemerkt zu der Erklärung: „Wenn die Sozialdemokratie auf die Gewinnung des Droschkenkutscher als solchen rechnet, so verkennt sie ganz und gar, daß gerade die Droschkenkutscher sich in ihrem Erwerb schon bedroht sehen würden, wenn wirklich einmal die Porten des sozialdemokratischen Paradieses sich aufthun sollten.“ Leider unterläßt es die „Voss. Ztg.“, diesen weisheitsvollen Satz zu begründen.

**Sehr gespannte Verhältnisse** scheinen in Charlottenburg zwischen der Verwaltung der Glas- und Kohlenhaub-Fabrik und ihren Arbeitern zu bestehen. Der letzten Nummer des „Nachgenosse“ entnehmen wir hierüber folgendes:

„Obwohl die Lohnreduktion von den Arbeitern der Charlottenburger Altinggesellschaft für Glas- und Kohlenhaub-Fabrikation zurückgenommen wurde und man annehmen konnte, daß das Verhältnis zwischen Verwaltung und den Arbeitern wieder in normale Bahnen geleitet werden könne, so haben sich in den letzten Tagen Vorgänge abgepielt, die diese Annahme über den Haufen zu werfen geeignet sind und es steht zu befürchten, daß ernstliche Differenzen ausbrechen, wenn nicht die außerhalb Charlottenburgs arbeitenden Kollegen die Augen offen halten. Der zum Hüttenmeister avancirte Glasmacher Oskar Wolff tritt in einer Weise (sogar handgreiflich, wie behauptet wird) gegen die dortigen Kollegen auf, die diese zum Widerstande reizen muß. Einige oder mehrere Anklagen schweben bereits vor Gericht. Am 7. März fand eine öffentliche Glasarbeiter-Versammlung statt, in welcher Dinge zur Sprache gebracht wurden, worüber selbst beherrschende Organe die Köpfe schüttelten. Es wurde beschloffen, eine Eingabe an die Direktion zu machen, in welcher um die Entlassung Wolffs gebeten wird, und klar gelegt, daß sich dieser Mann nicht zu einem solchen Posten eigne.“

Daß die Situation ernst ist, geht daraus hervor, daß der erste Hüttenmeister, Herr Dehle, dieser Tage in Ebbtau und Dresden war und, wie wir hören, 20 Mann für Charlottenburg engagirt hat. Sollte dieses Engagement unter unrichtigen Angaben erfolgt sein — man sagt, daß in Charlottenburg ein neuer Ofen in Betrieb komme — d. h.: soll das Letztere der Fall nicht sein und das Engagement nur dazu dienen, die Charlottenburger Kollegen auszumergeln, so müssen die Ebbtau- und Dresdener u. s. w. Genossen wissen, was sie zu thun haben; sie sind in diesem Falle nicht an ihre Zusage gebunden.

Auch hier zeigt sich wieder einmal der ungeheure Nachtheil, daß die Kollegen in Ebbtau nicht organisiert sind, denn sonst könnten solche Experimente, die alle auf den Nachtheil der Arbeiter hinauslaufen, einfach nicht gelingen.

Die Kollegen in Charlottenburg bauen seit darauf, daß ihnen allerseits die nöthige moralische Unterstützung zu Theil wird!

**Nachtrag:** Richtig ist, daß zum 1. April ein Ofen mit 16 Mann besetzt werden soll; da aber mehr engagirt worden sind, so hat dies doch nur den Zweck, die „unbequemen Elemente“ auszumergeln. Daher nochmals Kollegen: doppelte Vorsicht!

Ueber den in diesem Artikel erwähnten Glasmacher Oskar Wolff wird uns mitgeteilt, daß er selbst früher in der Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt und dies die Erbitterung der ihm jetzt unterstellten Arbeiter besonders hervorgerufen haben soll, da er erst seit seiner Beförderung zum „Hüttenmeister“ die alten unheimlichen Ideen von sich abgestreift hat. Dieser Tage wurde er an seine früher vertretenen Anschauungen in recht drastischer Weise erinnert durch einen Brief, den er mit Kreide an den Bretterzaun der Charlottenburger Fabrik geschrieben fand:

Lob aller Tyrannen!  
Die Arbeit werde frei!

**W o l f.**  
Aber der „Wolff“ ist zahm geworden, so sagen sich heute die Arbeiter.

Der „Durchbruch Zimmerstraße“ ist jetzt zur wirklichen Straße geworden, denn das Pfaster ist gelegt worden. Augenblicklich erhält die Straße Kanalisation. Auch die eisernen Thorflügel sind in den Zugängen, welche zu den Gärten des Kriegsministeriums führen, eingehängt worden. Also die Stunde naht, wo männiglich befriedigt auf das endlich gelungene Werk schauen kann. Eine größere Festlichkeit zur Feier dieses ereignisreichen Ereignisses ist, so weit wir hören, nicht in Aussicht genommen worden.

**Wer wird denn im sogenannten „Inkunstraat“** die untergeordneten, die Reinigungsarbeiten verrichten wollen, halten uns die Ögner stets entgegen, wenn sie mit ihrem national-ökonomischen ABC zu Ende sind. Zur Illustration nun, wie weit die Technik bei richtiger Verwendung einen guten Theil dieser vielen Zeit und viele Arbeitskraft in Anspruch nehmenden Arbeiten ersparen könnte, führen wir folgende Mittheilung an, welche wir der „Voss. Zeitung“ entnehmen:

**Ein elektrisches Essen.** Der New Yorker Franklin-Experimental-Club feierte kürzlich sein erstes Jahresfest durch ein Festmahl, bei dem alles elektrisch herging. Die Elektrizität hatte die Speisen gekocht, die Luftizen erhitzt, die Eier gar gemacht, den Punsch und den Kaffee erwärmt. Die Schüsseln spiegelten auf einer kleinen elektrischen Bahn herein, welche das verbrauchte Geschirre wieder abführte. Zum Schluß gab es einen Blumenregen, indem man den Strom unterbrach, welcher die mit einem

eisernen Stiel versehenen Blumstängel an die Decke gebannt hatte. Die Tafelmusik war an einem entfernten Orte aufgestellt und es wurden ihre Töne den Gästen telephonisch übermittelte. An dem einen Tischchen stand eine Phonographenpuppe mit den Zügen und der Kleidung Franklin's. Die Puppe brachte einen phonographischen Toast aus. Selbstverständlich war der Saal elektrisch beleuchtet. Eine amerikanische Fachzeitschrift stellt jetzt die elektrischen Wunderherrlichkeiten auch im Bilde dar.

**In der Umwandlung des bei der Charitee gelegenen** Triangelgrundstückes für Zwecke der wissenschaftlichen Abtheilung des Instituts für Infektionskrankheiten wird jetzt mit allen Kräften gearbeitet. Die Inneneinrichtung geschieht nach den Angaben und Vorschlägen Robert Koch's und wird in bester Weise den Bedürfnissen, welche sich bei den in der Abtheilung vorzunehmenden experimentellen Arbeiten als notwendig erweisen, angepaßt. Zur Erreichung dieses Zweckes sind in den gegenwärtigen, stark mitgenommenen Zustand des alten Baues erhebliche Eingriffe erforderlich geworden. Die in der Nähe gelegenen Baracken, welche die Krankenabtheilung von 120 Betten aufzunehmen bestimmt sind, stehen in einer Zahl von zehn eingestrichenen Bauten und einem zweigeschossigen Bau äußerlich vollendet da. Augenblicklich ist man auch mit ihrer Inneneinrichtung, sowie mit der Regulirung des umliegenden Terrains beschäftigt. Die Baracken machen mit ihren weißen Wänden von Gipsplatten und ihren schwarzen Vordächern in ihrer symmetrischen Gruppierung einen recht freundlichen Eindruck. Die Belegung mit Kranken dürfte wahrscheinlich schon Anfangs Mai erfolgen.

**Mit dem Verlust der Sehkraft auf beiden Augen** hat der Selbstmordversuch eines jungen in der Gr. Frankfurterstraße wohnenden Kaufmanns O. gemeldet. Der Betreffende war bislang in einem Engros-Geschäft in der Friedrichstadt thätig gewesen und hatte daselbst die Stellung eines Reisenden bekleidet, seit einem Vierteljahr mit der einzigen Tochter eines Rentiers in Frankfurt a. M. verlobt, erhielt O. Ende voriger Woche von da die erschütternde Nachricht, daß seine Braut plötzlich am Herzschlag gestorben sei. Gestern Morgen von der Begräbnisfeier zurückgekehrt, theilte er tiefbetäubt seinen Wirtheuten mit, daß er für längere Zeit verreisen werde, zahlte die Miete für den kommenden Monat und sandte seine Koffer an seine in Stettin wohnende Eltern. Gegen 5 Uhr Nachmittags hörte die in der Nähe befindliche Wohnungsbesitzerin einen dumpfen Knall in dem Zimmer ihres Miethers und hineintretend fand sie O. mit blutendem Gesicht auf dem Sopha liegen; derselbe hatte sich eine Kugel in die linke Schläfe schiessen lassen, seine Hand hatte dabei aber gezittert und das Geschloß streifte, den Nasenrücken durchschlagend, beide Augen. Nach Anlegung eines Nothverbandes durch einen hinzugerufenen Arzt ließ sich der bedauernswürdige Mann, der völlig geblendet war, in eine Privatklinik überführen, um hier zu erfragen, daß die Sehkraft auf beiden Augen dauernd erloschen sein dürfte.

**Ein jugendlicher Scharfschütze**, nämlich ein mit einem Leching bewaffneter etwa 12-jähriger Bursche machte gestern Vormittag den nördlichen, noch unbauten Theil der Lützowstraße unsicher. Nachdem derselbe hinter dem Grundstück der Aktien-Gesellschaft „Friedrichshöhe“ Schießübungen angestellt, geriet er mit mehreren Jungen, welche auf den Böschungen des Weges spielten, in Streit, im Verlauf dessen er, ohne sich zu bestimmen, das Leching anflug und auf seine Gegner abfeuerte. Das kleine Bleigeschoß traf einen etwa achtjährigen Knaben, den Sohn eines in der Sandberger Allee wohnhaften Leinwebers, in die Brust. Ein zufällig vorübergehender Mann verfolgte den nach der Frankfurter Allee zu fliehenden Schützen, welcher leider entsann, auf der Flucht aber das Leching von sich warf. Das Letztere ist dem Polizeirevier am Landsberger Platz überliefert worden, wofür die Eltern des angeschossenen Knaben unverzüglich Anzeige erstatteten. Die Kugel kommt aus der fast blutenden Wunde bald entfernt werden, edlere Theile scheint dieselbe glücklicherweise nicht verletzt zu haben.

**Von einem Hunde zerrissen und getödtet!** Die Ehefrau des Schiffes L. aus dem Dörschen Wesen kam vorgestern zu dem in Erkner wohnenden Fleischermeister H., um Einkäufe zu machen. Die Schiffsfrau hat, auf den Hof hineingehen zu dürfen, was in der Annahme, daß der bissige Hund an der Kette liege, auch gestattet wurde. Leider war aber diese Annahme falsch, das riesige, böartige Thier sprang auf die L. los, faßte sie am Genick und verlor die Wehrlose, die laut jammernd um Hilfe rief, ohne gehört zu werden, durch Bismund am Hals und Rücken derartig, daß sie benimmungslos niederfiel. Die unglückliche Frau, welche im nächsten Monate ihrer Entbindung entgegen sah, starb wenige Stunden darauf, ob in Folge ihrer Verletzungen oder des gebotenen Schreckens, wird die gerichtliche bereits eingeleitete Untersuchung ergeben.

**Die Kesselexplosion**, welche vorgestern Vormittag auf dem Reingert'schen Fabrik-Grundstücke zu Stralau stattgefunden, hat noch ein drittes Opfer gefordert: der Arbeiter Lohlat ist im Laufe des gestrigen Vormittags im Krankenhaus am Friedrichshain seinen entsetzlichen Brandwunden erlegen. Der Zustand des letzten der verunglückten Arbeiter, Hoffert, soll zur Zeit zu ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß geben.

**Die guten Freunde.** Stöcker ist bekanntlich in Genf niedergeschrien worden und hätte beinahe Prügel bekommen. Richter nicht nur in der „Voss. Ztg.“ diesen Genfer Stöcker-Exemplar gegen die Sozialisten als den gemeinsamen Feind aus, die er in leichtfertiger Erwähnung für die Urheber des Tumults ausgiebt. Wenn irgendwo tumultuirt wird, nennt Richter die Tumultuanten Sozialdemokraten; nachher bemüht er dann seine eigene Erwähnung weiter zum Beweise dafür, daß die Sozialdemokraten Tumultuanten seien. In hiesigen Versammlungen hat Richter diesen Kniff, der eine Uebertragung von Pferdehändler-Gewohnheiten in den politischen Kampf darstellt, schon häufig angewandt. Was die Kunst des Entstellens betrifft, so könnte Stöcker allerdings auf seinen Freund Richter neidisch sein.

**Die gegnerischen Blätter** behandeln das Thema von der Opposition in der sozialdemokratischen Partei sehr ergötlich. Wirklich vergeht kein Tag, wo nicht triumphirend verkündet wird, daß die Opposition wieder Oberwasser habe und der Parteileitung, den „Autoritäten“ u. s. w. tüchtig zu schaffen machen werde; daneben aber wird auch jeden Tag behauptet, die „Autoritäten“ übten eine „Trikatur“ der schlimmsten Art. Das Erstere versichert die Korrespondenz, die ein Reporter Holzerland versichert, so oft und in so langen Tiraden, bis dem Reporter die Hand ermüdet. Das Letztere schreibt J. E. gestern wieder die „Voss.“ aus dem Anlaß, daß eine Versammlung der Buchbinder am Montag auf Vorschlag des Hg. Auer beschloffen hat, ein Viertel des Arbeitsverdienstes vom 1. Mai zu dem vor einigen Tagen im „Vorwärts“ angegebenen Zwecke abzuliefern. „Es ist ergötlich (meint das Blatt), zu beobachten, wie die „Autoritäten“ mit den denkenden und zielbewußten Genossen „umspringen.“ Begründet wird dieses „ergötliche“ Urtheil nicht, nur die Andeutung erfolgt, daß der Beschluß allein der Fraktion zur Liebe gefaßt sei, da eine andere Versammlung auf Livoli denselben Antrag abgelehnt habe, weil „damals“ die Fraktion noch nicht gesprochen habe.“ Zu so puzigen Auslegungen bringt die Verlegenheit unsere Gegner. Wenn diese gleichzeitig finden, daß die „Autoritäten“ eine Tyrannei ausüben und daß die „Opposition“ Oberwasser hat, so kann eigentlich nicht besser bescheinigt werden, daß die Verhältnisse in der Partei durchaus in Ordnung sind.

**Die Lokalkommission von Adershof** ersucht uns die Namen der Gastwirthe bekannt zu geben, welche sich fortwährend weigern, ihre Säle zu Arbeiterversammlungen herzugeben. Es

sind dies: 1. Leopold, Restaurant zum Bahnhof, 2. Schwab, Bismarckstraße, 3. Wollstein's Lustgarten, Inhaber Wiedemann und Manofsky, 4. Stippeloh, Oppenstraße. Ferner weigern sich den „Vorwärts“ auszuliegen: 1. Fiedt, Genossenschafts-Wirthshaus, 2. Albrecht, Bismarckstraße. Es sind mithin nur noch zwei Lokale, in welchem der „Vorwärts“ ausliegt: Kubla, Hofmannstraße und Misserer, Bismarckstraße. Wir machen es den Genossen aller Orten zur Pflicht, bei ihren etwaigen Ausflügen oder Landpartien nur diese beiden Gastwirthe, sowie den Zigarrenhändler Wolf, Bismarckstraße, zu berücksichtigen.

Die Lokalkommission:  
Oskar Bartels, Genossenschaftsstr. 25.  
Martin Gräneberg, Bismarckstr. 50.

**Polizeibericht.** Am 23. D. Abends sprang eine Frau an der unteren Schleiße in den Sandwehkanal und ertrank. — In der Wohnung ihrer Herrschaft in der Alexanderstraße versuchte am 24. D. M. Vormittags eine im hochschwangeren Zustande befindliche Dienstmagd sich durch Öffnen einer Ader am rechten Bein das Leben zu nehmen. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde sie nach der Entbindungsanstalt gebracht. — Mittags wurde ein Pferdebahn-Arbeiter vor dem Grundstück Al-Moabit 188 von einem Reitpferde geschlagen und erlitt dabei ansehnliche innere Verletzungen. — Vor dem Hause Al-Moabit 129 fiel zu derselben Zeit ein Schneider ohnmächtig zur Erde und brach dabei den rechten Fuß, so daß er nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. — An der Ecke der Andreas- und Langenstraße wurde Nachmittags ein 9-jähriger Knabe von einem Möbelwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er bei der Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain verstarb. — Eine Kellnerin versuchte zu derselben Zeit in ihrer Wohnung, in der Schlegelstraße, sich mittelst Sublimats zu vergiften. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde sie nach der Charitee gebracht. — Abends fanden an fünf verschiedenen Stellen kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden. Außerdem wurde dieselbe Vormittags nach Stralau gerufen, wo in der Palmfabrik von Reingert eine Explosion von Schwefelkohlenstoff stattgefunden hatte, wobei der Arbeiter Böbert auf der Stelle getödtet und drei andere Arbeiter so schwer verletzt wurden, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde.

## Gerichts-Beitung.

**Folgende Entscheidung** des Reichsgerichts, zweiter Strafsenat, über eine von der Staatsanwaltschaft gegen ein freisprechendes Urtheil des Landgerichts II zu Berlin, in einem Strafprozeß gegen den Genossen Joseph Klingner vom 8. November 1890 eingelegte Revision, dürfte nicht ohne Interesse für weitere Kreise sein. Die Revision ist verworfen worden und die Gründe lauten hierfür:

„Die seitens der Staatsanwaltschaft wegen Verletzung des § 188 des Strafgesetzbuchs durch Nichtanwendung insoweit eingelegte Revision, als der Angeklagte Klingner von der gegen ihn wegen Beleidigung „des stehenden Heeres“ bezüglich Mitglieder der bewaffneten Macht“ erbobenen Anklage freigesprochen ist, konnte keinen Erfolg haben.“

Der erste Richter hat als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen gekommen sei und dabei ausgeführt habe, wie sich die Volksherrschaft in der Schweiz und Amerika bewährt hätten; ein Volksherr — so habe er weiter dargelegt — sei ein Fortschritt in der Kultur-entwicklung, denn dann könnten sämmtliche wehrhaften Leute in Friedenszeiten und so lange sie nicht durch kurze militärische Übungen in Anspruch genommen würden, dem Volk ihre Arbeitskraft widmen und seien nicht „als unnütze Vorräthe bei den Fahnen.“

Es ist ausdrücklich festgestellt, daß Angeklagter „nur in diesem wirtschaftlichen Sinne von unnützen Vorkesslern gesprochen habe, weil die Soldaten des stehenden Heeres als Arbeitskraft dem Lande entzogen seien, und, wenn sie in ihrer Heimath am notwendigen wären, wie z. B. bei der Ernte, nicht mit eingreifen könnten.“

Der erste Richter hat nun „in diesem Zusammenhange“ in der fraglichen Rede „nur eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung“ gesehen, die „keinen beleidigenden Charakter getragen habe“. Es erscheint nicht rechtlich, wenn auf Grund dessen die Freisprechung des Angeklagten ausgesprochen ist; denn wenn die Gründe des angefochtenen Urtheils den beleidigenden Charakter der ausgesprochenen Rede vernennen, weil es sich „nur um eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung“ gehandelt habe, so wird damit offenbar zugleich festgestellt, daß dem Angeklagten bei jener Rede überhaupt das Bewußtsein des ehrenkränkenden Charakters derselben nicht beizugehört habe; es ist somit namentlich auch verneint, daß er das Bewußtsein gehabt habe, die Ehre des stehenden Heeres beziehungsweise der Mitglieder der bewaffneten Macht anzutasten.

Die Ausführungen der Revisionschrift, daß mit dem Ausdruck „unnütze Vorkessler“ eine Herabwürdigung der Persönlichkeit, welche das stehende Heer bilden und somit eine Beleidigung sprachlich „nothwendig und objektiv“ vorhanden sei, kann als richtig nicht anerkannt werden. Es giebt keine Handlung, insbesondere auch keine Rede, welche unter allen Umständen einen beleidigenden Charakter tragen muß. Namentlich können Ausdrücke, die unter gewöhnlichen Verhältnissen als Beleidigungen aufzufassen sein werden, unter Umständen in einem ganz anderen Sinne zu verstehen sein. Es kann deshalb nicht mit Erfolg zum Gegenstande eines Revisionsantrages gemacht werden, wenn der erste Richter unter den im vorliegenden Falle obwaltenden Umständen dem Ausdruck „unnütze Vorkessler“ einen beleidigenden Charakter überhaupt abgesprochen hat; darin liegt zugleich die — von der Revision vermehrte — Verneinung des Bewußtseins von dem ehrenkränkenden Charakter der Rede auf Seiten des Angeklagten. Soweit die vom Vorderrichter getroffene negative Schlussfeststellung etwa zu Bedenken Anlaß geben könnte, würden dieselben jedenfalls nur auf thätlichem Gebiete liegen, in dieser Instanz also abzulehnen sein. (Strafprozeß-Ordnung § 378.)

Hiernach mußte die eingelegte Revision verworfen werden...“

**Unter der Anklage der Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten** stand gestern Genosse Max Baginski vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Am 4. November v. J. fand in der Gosebrauerei zu Charlottenburg eine Wählerversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg statt, in welcher der Angeklagte über „Anarchismus und Sozialismus“ sprach. Er soll dabei u. A. ausgesprochen haben, daß das Ziel des Sozialismus der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung — gleichgiltig ob auf friedlichem Wege oder mit Gewalt — sei. Wegen dieser und anderer Stellen wurde gegen den Redner die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung eingeleitet, die Strafkammer lehnte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens bezüglich der Majestätsbeleidigung ab, das Kammergericht bestätigte auf die erhobene Beschwerde des Staatsanwalts diesen Beschluß der Strafkammer und die Anklage lautet daher nur noch auf Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten. — Die Sache konnte im gestrigen Termine noch nicht zu Ende geführt werden, da formale Mängel eine Vertagung nothwendig machten.

**Die Mittheilung von der Verurtheilung eines Inskulbigen**, welche gestern das Kriminal-Gerichtsbüro durchließ, erregte daselbst wegen der begleitenden Umstände begreifliches Aufsehen. Wenn die weitere Untersuchung ergeben sollte, daß hier wirklich ein Irrthum der Justiz vorliegt, dann würde der



